Presseschau vom 18.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zur Ukraine-Lage: Beschuss des Donbass, Drohungen gegen Russland und dessen "Invasion"
Die Vorwürfe des Westens gegenüber Russland vergiften seit Tagen das weltpolitische Klima. Die US-Regierung prophezeit eine "russische Invasion" der Ukraine, und Moskau dementiert dies stets erneut. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9

de.rt.com: **Eine Prise Invasionsvorhersage – Ex-Geheimdienstchef verrät Rezeptur im Kampf um Ukraine**
Welche Rolle spielen westliche Geheimdienste in der Ukraine-Krise und graben sie sich eine Glaubwürdigkeitsgrube, wenn sie Dinge voraussagen, die nie eintreten? In einem Interview gibt der ehemalige MI6-Chef preis, wie Informationen zweckdienlich in die Welt gesetzt werden. …
https://kurz.rt.com/2tom

Alexander Koz: **Ein Schelm, wer Übles denkt: Erste ukrainische False Flag über "Beschuss" eines Kindergartens**
Von langer Hand kündigten der Westen und Kiew einen False-Flag-Angriff an. Nun kam er, aber nicht vonseiten Russlands oder der Volksrepubliken im Donbass, sondern von der

Ukraine. Kriegsreporter Alexander Koz setzt das Warnfähnchen auf diese False-Flag-Informationsmine. …
https://kurz.rt.com/2tq2

Liudmila Kotlyarova: **Münchner Sicherheitskonferenz: Baerbock wendet sich an abwesende Putin und Lawrow**
Bundesaußenministerin Annalena Baerbock ist am Freitag mit einer Rede zum Ukraine-Konflikt und der europäischen Sicherheitsarchitektur aufgetreten. Ihr US-Amtskollege Antony Blinken hat ihr anschließend seine Unterstützung bekundet. …
https://snanews.de/20220218/muenchner-sicherheitskonferenz-baerbock-5418002.html

abends/nachts:

rusvesna.su:**Das Außenministerium begründete die Ausweisung des stellvertretenden US-Botschafters**
Moskau hat den stellvertretenden US-Botschafter Bart Gorman aufgefordert, Russland als Reaktion auf Washingtons Ausweisung des Gesandten und Beraters der russischen Botschaft zu verlassen, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.
„Der amerikanische Diplomat wurde tatsächlich angewiesen, Russland zu verlassen, aber ausschließlich als Reaktion auf die ungerechtfertigte Ausweisung des Gesandten und Beraters unserer Botschaft in Washington, trotz seines Status als hochrangiger Beamter“, sagte Sacharowa in einer Erklärung.
Sie stellte fest, dass das Außenministerium die Bitte Moskaus, seinen Aufenthalt mindestens bis zum Eintreffen des "Ersatzes" zu verlängern, trotzig ignoriert habe.
„Infolgedessen musste er ersatzlos gehen, was den ohnehin kritischen Personalmangel in der russischen diplomatischen Vertretung, der infolge des von den Amerikanern entfesselten ‚Visakriegs‘ entstanden war, noch verschärfte“, betonte Sacharowa.
Ihren Angaben zufolge war es die amerikanische Seite, die im September 2021 den nächsten Ausweisungsabtausch initiierte und die Ausreise von 55 russischen Diplomaten sowie Verwaltungs- und Technikangestellten in zwei Etappen forderte – bis zum 30. Januar und 30. Juni dieses Jahres.
„Alle Versuche unsererseits, das Problem durch ein ‚Einfrieren‘ der Ausweisungen auf Gegenseitigkeit zu lösen, wurden zurückgewiesen. Darüber hinaus hat das Außenministerium im Rahmen dieser im Wesentlichen sanktionierenden Maßnahme auch den russischen Gesandten und Berater einbezogen, obwohl es sich bewusst war, dass eine Spiegelreaktion in Bezug auf Bart Gorman folgen würde “, sagte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/mariya_zaharova_7.jpg

rusvesna.su: **Russland ist bereit für einen ernsthaften Dialog mit den Vereinigten Staaten aber nicht zu dessen Imitation – Außenministerium**
Russland hoffe, dass Washington seine Reaktion auf die am Donnerstag veröffentlichte Antwort an die USA zum Thema Sicherheitsgarantien sorgfältig prüfen werde, sagte der stellvertretende russische Außenminister Sergej Werschinin auf heutigen der Sitzung des UN-Sicherheitsrates.
Er erinnerte daran, dass die Russische Föderation Sicherheitsgarantien von den Vereinigten Staaten und der NATO forderte, dass sie "es ehrlich und offen getan hat, und wir bereit sind für einen ernsthaften Dialog, nicht aber für die Imitation eines Dialogs."
„Heute erhielt der US-Botschafter in Moskau unsere schriftliche Antwort auf die Antwort der amerikanischen Seite zu den Vorschlägen über Sicherheitsgarantien.
Wir hoffen wirklich, dass diese Reaktion in der amerikanischen Hauptstadt sorgfältig studiert wird, denn sie ist ausführlich, detailliert und ausformuliert“, sagte Werschinin.
Zuvor veröffentlichte das russische Außenministerium eine Antwort auf die Reaktion der USA auf russische Sicherheitsgarantien, in der insbesondere festgestellt wurde, dass die Vereinigten Staaten nicht auf den Vorschlag reagierten, außerhalb ihrer Grenzen stationierte Atomwaffen abzuziehen, und sich weigerten auf eine weitere Stationierung außerhalb der USA zu verzichten.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_mid_rossii.jpg

de.rt.com: **Präsident Selenskij: Ukraine braucht keine ausländischen Truppen auf ihrem Boden**
Der ukrainische Staatschef Wladimir Selenskij hat sich zur aktuellen Situation in seinem Land geäußert und betont, die Ukraine brauche keine ausländischen Truppen auf ihrem Boden. Außerdem erklärte Selenskij, die Minsker Abkommen seien "doof" erstellt worden.
Am Donnerstag hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij den von den Kiewer Truppen kontrollierten Teil der Donbass-Region besucht. Im Anschluss äußerte sich der Staatschef in einem ausführlichen Interview für die ukrainische Nachrichtenagentur RBC Ukraina zur aktuellen Lage um die Krise in seinem Land. Unter anderem sagte er in Bezug auf die Unterstützung durch westliche Staaten, die Ukraine brauche keine Menschen mit fremden Flaggen auf ihrem Boden. Dies werde zur Destabilisierung in der ganzen Welt führen, so Selenskij.
Bezüglich der Minsker Abkommen erklärte Selenskij, dass die Vereinbarungen, die im Rahmen des sogenannten Normandie-Formats ausgearbeitet und von allen Teilnehmern der Verhandlungen einschließlich der Ukraine unterzeichnet worden waren, "doof" erstellt seien. Sie hätten Kiew nach Ansicht des heutigen ukrainischen Staatschefs von Anfang an in eine

ungünstige Position gebracht.
Unter den gegebenen Umständen werde die Ukraine mit den selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk keine Verhandlungen aufnehmen, erklärte Selenskij:
"Das hat einfach keinen Sinn. Sie entscheiden eigentlich nichts. Wozu sollen wir dafür Zeit verlieren?"
In politischen Fragen hätten die Volksrepubliken keine Stimme, so Selenskij. Zudem würde sich der ukrainische Präsident mit Rebellen nicht an den Verhandlungstisch setzen. Er äußerte erneut den Wunsch, sich mit dem russischen Präsidenten zu treffen.
Schließlich benötige die Ukraine Selenskij zufolge einen rechtsverbindlichen Vertrag über die geforderten Sicherheitsgarantien, den auch Russland und die USA unterzeichnen würden:
"Außer pragmatischen Dingen brauchen wir ein globales Dokument. Im Normandie-Format werden wir es nicht weit bringen, niemand wird es weit bringen. Die Supermächte einschließlich der USA und Russlands werden sich zusammensetzen und unterzeichnen, dass es einen solchen Weg gibt. Aber es muss darin drei-vier Punkte über die Sicherheit unseres Landes geben. Dann ist das ein Gespräch."
Zuvor hatte der Kreml mehrmals betont, die Minsker Abkommen seien der einzige Ausweg aus der Ukraine-Krise. Moskau hat Kiew daher aufgerufen, einen Dialog mit den selbsternannten Republiken aufzunehmen. Nach Auffassung der russischen Seite handelt es sich bei dem Konflikt im Donbass um eine innere Angelegenheit der Ukraine.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620eb79448fbef78583aa84e.jpg

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 17. Februar 2022**
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **22-mal das Feuer auf das Territorium unserer Republik** eröffnet.
Trotz der Versuche der Vertreter des GZKK der DVR, den Koordinationsmechanismus einzusetzen, setzen die ukrainischen Kämpfer mit Billigung der Kiewer Regierung den Terror gegen die Einwohner unserer Republik fort.
Durch Beschuss von den Positionen des 2. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade mit automatischen Granatwerfern auf **Staromichajlowka** erlitt eine örtliche Einwohnerin, geb. 1984, Splitterverletzungen.
Die Materialien zu der Verletzung einer Zivilistin werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Majstrenko hinzuzufügen.
Wir rufen die internationalen Beobachter und die Führung der OSZE auf, den weiteren Fall grober Verletzung des Waffenstillstands durch das ukrainische Kommando, das zielgerichtet eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen im Donbass provoziert, zu registrieren.

snanews.de: **EU setzt auf USA als wichtigsten Gaslieferanten**
Die Europäische Union will laut ihrem Bericht „EU-US LNG Trade“, dass die Vereinigten Staaten ihr Hauptlieferant von blauem Kraftstoff werden.
„Die Daten zeigen, dass LNG-Exporte in die EU im Jahr 2021 mit mehr als 22 Milliarden Kubikmetern und einem geschätzten Wert von 12 Milliarden Euro das höchste Volumen verzeichneten. Im Januar 2022 erreichten die Importe einen höchsten Monatswert von 4,4 Milliarden Kubikmetern (…) sie werden auf 4,1 Milliarden Euro geschätzt“, so das Dokument.
Eine weitere transatlantische Zusammenarbeit sollte dazu führen, so der Bericht, dass die USA zum wichtigsten Gaslieferanten für den Kontinent werden, der jetzt Russland sei.
„Erdgas spielt eine zentrale Rolle im Energiesystem der EU, auch im Kontext vom Übergang zu sauberer Energie. Es macht 23 Prozent des Energiebedarfs aus. (…) Europa importiert derzeit etwa 90 Prozent seines Gasbedarfs, und dieser Anteil wird voraussichtlich in den kommenden Jahren steigen“, heißt es weiter.
Tatsache sei, dass US-LNG bei wettbewerbsfähiger Preisgestaltung eine wichtige Rolle bei der EU-Gasversorgung spielen und die Diversifizierung und Energiesicherheit der EU verbessern könnte, erklärt das Papier.
„Um die Abhängigkeit von einem einzigen Lieferanten zu reduzieren, wenden wir uns natürlich an die USA, unseren größten LNG-Lieferanten und zuverlässigen Partner“, sagte der Hohe Vertreter der Union, Josep Borrell, Anfang Februar.
Auch die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist der gleichen Meinung. „Eine der Lehren, die wir bereits aus dieser (Ukraine-)Krise ziehen können, ist, dass wir unsere Energiequellen diversifizieren müssen, um die Abhängigkeit von russischem Gas loszuwerden“, betonte sie am Mittwoch.
Europäische und US-amerikanische Beamte befürchten, dass Moskau auf mögliche wirtschaftliche Sanktionen im Falle eines Ukraine-Konflikts reagieren könnte. Ihre Länder gehen davon aus, dass Russland seine Erdgaslieferungen nach Europa, wo man zu etwa 40 Prozent davon abhängig ist, reduziert oder unterbricht. Anders als bei Erdöl gibt es auf dem globalen Erdgasmarkt kaum Kapazitätsreserven.
Russland hat aber mehrmals Befürchtungen zurückgewiesen, es könnte im Zuge von Sanktionen in der Ukraine-Krise Gaslieferungen nach Europa stoppen.
Nach Bloomberg-Angaben hatte sich das Weiße Haus bereits an Gasproduzenten wie Katar, Nigeria, Ägypten, Libyen, China und an in Algerien tätige Unternehmen gewandt, um die Produktion zu erhöhen, sollten Kampfhandlungen ausbrechen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0c/07/4596399_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_9c78697cd089b280eeb8736a507f5e6c.jpg

snanews.de: **Bidens Worte über russischen „Angriff auf Ukraine“ führen zur Lageeskalation – Kremlsprecher**

Äußerungen über angebliche Pläne der russischen Seite, die Ukraine „anzugreifen“, unter anderem von US-Präsident Joe Biden, erhöhen laut dem Kremlsprecher Dmitri Peskow die Spannungen um die Situation.

„Leider führen solche Äußerungen zu einer weiteren Eskalation der Spannungen“, sagte Peskow am Donnerstag.

Biden hat bereits mehrfach „Prognosen“ über Russlands „Einmarsch“ in die Ukraine abgegeben. Zuerst sollten die russischen Streitkräfte ihm zufolge die Ukraine angeblich am 16. Februar angreifen. Jetzt sei die Rede vom 20. Februar, so das US-Magazin „Politico“.

Die russische Führung reagierte auf die Prognose mit Humor. Peskow sagte, man könne Berichte solcher Art nicht wirklich ernst nehmen. Präsident Putin frage inzwischen, ob aus den westlichen Medien auch die genaue Uhrzeit des vermeintlichen russischen Angriffs auf die Ukraine zu erfahren sei.

Westen spricht von Kriegsabsichten

Die US-Regierung und die von ihr geführte Nato werfen Russland seit Monaten vor, einen Überfall auf die Ukraine vorzubereiten. Tatsächlich finden Truppenbewegungen im Rahmen von Manövern statt, damit verletze Russland aber keine Vereinbarungen, wie das Außenministerium mitteilt. Anders die Regierung in Kiew, die nach russischen Angaben sich weigere, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen.

Gleichzeitig werfen westliche Staats- und Regierungschefs Russland Kriegsabsichten vor – ein Vorwand für die Entsendung zusätzlicher Truppen in den Osten und die Aufrüstung der Ukraine, erklärte das russische Außenministerium. Dieses westliche Verhalten führe nur dazu, dass Kiew sich ermutigt fühle, die innerukrainische Krise mit gewaltsamen Mitteln lösen zu wollen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0b/0c/4298184_0:0:1658:934_1920x0_80_0_0_a8647cf1ef5fac5ab9a99ecc6cda5a0c.jpg

snanews.de: **Blinken schlägt Lawrow Treffen kommende Woche in Europa vor**

US-Außenminister Antony Blinken hat seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow vorgeschlagen, sich in der kommenden Woche in Europa zu treffen.

Er habe heute ein Schreiben an Lawrow gerichtet und ihm ein Treffen in Europa angeboten, um Schritte zur Beilegung dieser Krise ohne Konflikt zu besprechen, sagte Blinken am Donnerstag in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates in Washington.

„Die USA schlagen Moskau ferner Treffen im Format Russland-Nato und auf der Ebene der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vor. Diese Treffen könnten eine Voraussetzung für einen Gipfel wichtiger führender Repräsentanten zur Erlangung der Verständigung zu unseren gegenseitigen Sicherheitsbesorgnissen schaffen“, so

Blinken.

Russland plant keinen Einmarsch in die Ukraine

Russland dementiert westliche Berichte über einen angeblich bevorstehenden Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine. Diese Desinformationen würden als Vorwand für die Stationierung von mehr Kampftechnik unweit der russischen Grenzen genutzt, hieß es aus Moskau.

Lawrow zufolge schließt Russland nicht aus, dass die Hysterie des Westens um die Ukraine das Ziel verfolgt, den Kurs Kiews auf die Torpedierung der Minsker Friedensvereinbarungen zum Donbass zu verschleiern.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/15/5086567_0:0:2717:1529_1920x0_80_0_0_455644d21fba2c16cbb46aae4de6b6aa.jpg

de.rt.com: **Kiew moniert fehlende Gesprächsbereitschaft Moskaus – Moskau findet Kiews Gesprächsthemen irrelevant**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij klagt darüber, dass der Kreml weder einem Telefonat noch einem Treffen zwischen ihm und Wladimir Putin zustimme. Kremlsprecher Dmitri Peskow verweist darauf, dass die Ukraine keine relevanten Gesprächsthemen anbiete.

Wladimir Selenskij hat am 17. Februar die angebliche fehlende Gesprächsbereitschaft Russlands kritisiert. Der Staatschef der Ukraine gab bekannt, dass sein Büro im Februar den Kreml um ein Telefongespräch mit Wladimir Putin gebeten habe.

"Ab und zu richtet die Ukraine als verantwortungsbewusstes Land eine Anfrage an die Verwaltung des russischen Präsidenten. Jederzeit, wenn es sich um Eskalationsrisiken, Informationen über solche Risiken, Informationen über einen Truppenaufmarsch oder Ähnliches handelt."

Zwar lasse man keine Anfrage der Ukraine unbeantwortet, zu einem bilateralen Treffen oder einem bilateralen Telefonat komme es jedoch nie, monierte Selenskij. Die russische Führung lehne sogar Vermittlungsvorschläge anderer Länder ab, ein Treffen zwischen ihm und Putin zu organisieren.

"Viele Länder bieten sich als Gesprächsplattform an. Wir sind daran interessiert. Ich habe noch keinem Land abschlägig geantwortet."

Dmitri Peskow wies auf Anfrage der Nachrichtenagentur Interfax den Vorwurf der mangelnden Gesprächsbereitschaft Russlands zurück. Der Kremlsprecher bestätigte zwar, dass die Ukraine mehrmals vorgeschlagen hatte, ein Treffen auf höchster Ebene zu veranstalten. Der Zweck dieser Signale und Anfragen bleibe aber unklar.

"Jedes Mal konnte uns Kiew die einfache Frage nicht beantworten: Wozu? Zu welchem Zweck?"

Peskow zufolge wolle die Regierung in Kiew ausschließlich über die ostukrainische

Konfliktregion Donbass sprechen. Interfax zitierte den Kremlsprecher mit den Worten: "Wir sagen: 'Sie sollten das Thema Donbass mit den Donbass-Bewohnern besprechen. Haben Sie an uns Fragen zu anderen Themen?' Sie schweigen."
Zuletzt hatte der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan vorgeschlagen, in Ankara oder Istanbul ein trilaterales Treffen der Präsidenten der Türkei, Russlands und der Ukraine zu organisieren. Die Veranstaltung machte er von einer Zusage des russischen Staatschefs abhängig.
Seit Wochen warnt der Westen vor einer angeblich geplanten Offensive Russlands gegen die Ukraine. Der Kreml bestreitet regelmäßig, überhaupt solche Pläne zu haben. Seinerseits fordert Moskau von Washington und der NATO schriftliche Garantien, dass sich das westliche Militärbündnis nicht weiter nach Osten ausdehnen wird.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620e3938b480cc662b209fb3.jpg

Mil-lnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko**
Heute hat der Stab der Operation der vereinigten Kräfte eine **fabrizierte Beschuldigung gegenüber der Volksmiliz der LVR bezüglich eines angeblichen Beschusses auf einen Kindergarten in Staniza Luganskaja** vorgebracht. Diese, wenn man das so sagen kann, Nachricht wurde von ukrainischen propagandistischen Medien übernommen und zur Ablenkung der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den regelmäßigen Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainischen Streitkräfte und den Zerstörungen ziviler Objekte der Luganskер Republik genutzt.
Der Öffentlichkeit wurden Fotos mit den Folgen des Beschusses auf einen Kindergarten vorgestellt. Namentlich diese wurden zu unwiderlegbaren Beweisen der Beteiligung der ukrainischen Streitkräfte an diesem Verbrechen.
Unsere Experten haben die Fotomaterialien genau untersucht und eine sorgfältige Analyse vorgenommen.
Die Lage des Gebäudes des Kindergartens, die Ecke, an der die Mauer durchschlagen wurde, erlaubten es die genaue Flugbahn des Geschosses zu errechnen. Wie auf dem vorgelegten Schema zu sehen ist, konnte der Schuss nur aus östlicher Richtung gekommen sein. Dabei befindet sich die Position des angenommenen Geschützes, mit dem geschossen wurde, auf von der 79. Brigade der ukrainischen Streitkräfte kontrolliertem Territorium.
Jeder vernünftig denkende Mensch stellt fest, das es in dieser Richtung per definitionem keine Einheiten der Volksmiliz geben kann. All das beweist, dass die Farce mit der Zerstörung des Kindergartens eine Provokation Kiews ist, um die Lage im Donbass zu destabilisieren.
Nach uns vorliegenden Informationen sind **am 17. Februar Vertreter westlicher Medien**, darunter der amerikanischen Fernsehsender „CNN“, „NBC“ sowie des rumänischen Fernsehsenders “ANTENA TV“ in Begleitung von Offizieren des 74. Zentrums für

informationspsychologische Operationen i**n den Gebieten von Staniza Luganskaja, Stschastje und Krymskoje eingetroffen, um über die Ereignisse im Donbass in der für den Westen nötigen Art zu berichten**, die Angriffsoperation informationsmäßig zu unterstützen und die Aktivierung der Kampfhandlungen der Ukraine in den Augen der Weltgemeinschaft zu rechtfertigen.
Außerdem ist für den Beginn der nächsten Woche zu demselben Zweck die Ankunft von Filmteams aus Albanien, Belgien, Georgien, Lettland, Luxemburg und Nordmazedonien geplant.
Wir sind der Ansicht, dass diese Farce speziell für diese Pressevertreter fabriziert wurde.

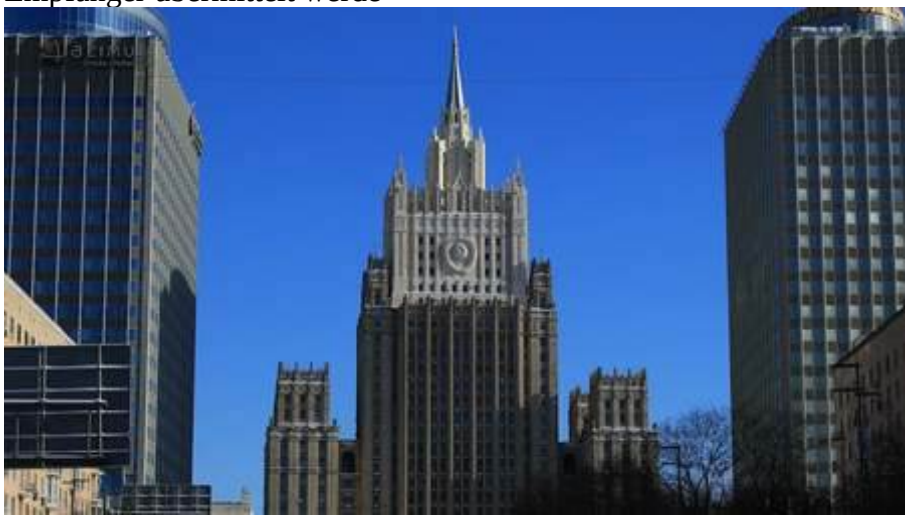
https://mil-lnr.su/uploads/posts/2022-02/1645118652_shema-.jpg

snanews.de: **Russland fordert Abzug von US-Kräften aus Europa und Baltikum – Außenamt**
Das russische Außenministerium hat in einer Mitteilung von Donnerstag auf die Antwort der USA auf die russischen Sicherheitsgarantien in Europa reagiert.
Die schriftliche Antwort der russischen Seite wurde demnach dem US-Botschafter John Sullivan im Außenamt in Moskau übergeben.
„Wir bestehen auf dem Abzug aller US-Streitkräfte und Waffen, die in Zentral- und Osteuropa, in Südosteuropa und im Baltikum stationiert sind. Wir sind überzeugt, dass die nationalen Potenziale in diesen Zonen völlig ausreichend sind. Wir sind bereit, dieses Thema auf der Grundlage von Artikel 4 und 5 des russischen Vertragsentwurfs zu diskutieren“, teilte die Behörde in Moskau mit.
Die russischen Vorschläge sollten als Ganzes betrachtet werden, ohne ihre einzelnen Komponenten herauszugreifen, hieß es weiter.
„In diesem Zusammenhang möchten wir uns auf das Fehlen einer konstruktiven Reaktion aus Washington und Brüssel auf die wichtigsten Elemente der russischen Initiative konzentrieren, welche wir klar identifiziert haben. Die Fragen der Rüstungskontrolle betrachten wir ausschließlich im allgemeinen Kontext eines umfassenden Paketansatzes zur Lösung des

Problems der Sicherheitsgarantien“, so die Botschaft.
Zudem hätten die USA in ihrem Papier den russischen Vorschlag ignoriert, die außerhalb der Grenzen des Staatsgebiets stationierten Atomwaffen abzuziehen, aber auch darauf zu verzichten, diese im Ausland zu stationieren. Dabei habe die US-Seite nur die Notwendigkeit erwähnt, das Problem der nicht strategischen Atomwaffen zu lösen, ohne die Besonderheiten ihrer Aufstellung und andere Faktoren zu berücksichtigen, welche die Sicherheit der Parteien beeinflussen würden.

Meinungsaustausch zu Sicherheitsgarantien

Moskau hatte Ende vergangenen Jahres vor dem Hintergrund einer Verschlechterung der Beziehungen zum Westen und der angespannten Situation um die Ukraine Dokumententwürfe über Sicherheitsgarantien an Brüssel und Washington übermittelt.
Der Kreml besteht auf der Einstellung der militärischen Zusammenarbeit mit den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion, dem Verzicht auf den Bau von Militärstützpunkten auf ihren Territorien, der Einschränkung der Stationierung von Angriffswaffen vor den russischen Grenzen sowie auf dem Abzug von US-Waffen aus Europa und der Nichterweiterung der Nato nach Osten.
Am 26. Januar kam eine schriftliche Antwort der westlichen Partner, die alle Hauptpunkte der Dokumente ignoriert haben. In Moskau wird die Meinung vertreten, dass die Haltung Washingtons und Brüssels den im Rahmen der OSZE übernommenen Verpflichtungen zur unteilbaren Sicherheit zuwiderläuft: Die USA und die Nato verteidigen ihre Interessen zum Nachteil anderer.
Lawrow hatte bei einem Treffen am Montag mit Präsident Wladimir Putin mitgeteilt, dass das neue Schreiben der russischen Seite fertig formuliert sei und in allernächster Zeit an die Empfänger übermittelt werde



https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/06/17/2597942_0:179:3323:2048_1920x0_80_0_0_6ea9fc4bc2ab8a004de6e555cd106f64.jpg

de.rt.com: **Russland und Venezuela bauen strategische Partnerschaft im Militärbereich aus**

Venezuelas Präsident Maduro hat am 16. Februar in Caracas eine Regierungsdelegation aus Russland empfangen. Die Seiten vereinbarten unter anderem einen Ausbau ihrer Beziehungen im Militärbereich. Maduro teilte mit, dass das bilaterale Verhältnis immer tiefer werde.
Am 16. Februar hat eine russische Regierungsdelegation mit der venezolanischen Führung über einen breiten Themenkreis verhandelt. In der Hauptstadt Caracas traf sich Russlands Vizeministerpräsident Juri Borissow, Leiter der interstaatlichen hohen Kommission für die handelswirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Russland und Venezuela (CIAN), mit Vizepräsidentin Delcy Rodríguez, Außenminister Félix Plasencia und Erdölminister Tareck El Aissami. Im Vorfeld des 20. Gründungstags der Kommission, der in

diesem Jahr begangen wird, sagte Borissow:
"Unsere Aufgabe ist es, die bilaterale Entwicklung im gesamten umfangreichen Spektrum der Zusammenarbeit in die Tat umzusetzen."
Die russische Delegation wurde auch von Präsident Nicolás Maduro im Miraflores-Palast empfangen. Der venezolanische Staatschef teilte mit, die Seiten hätten alle Aspekte ihrer Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Energiewirtschaft und Finanzen besprochen. Zur Sprache sei auch die Geopolitik gekommen. Nach der Unterzeichnung von mehreren strategischen Abkommen zwischen den beiden Ländern erklärte Maduro:
"Wir haben den Zustand der bilateralen Kooperation zwischen Russland und Venezuela überprüft und jeden Aspekt einzeln angeschnitten. Ich kann sagen, dass das russisch-venezolanische Verhältnis jedes Mal ein höheres strategisches Niveau erreicht, immer tiefer wird und mehr historische Stärke bekommt."
Zugleich kündigte Maduro an, dass es mehr bilaterale Übungen mit russischen Armeeangehörigen geben werde. Man habe die Militärkooperation überprüft, um den Frieden, die Souveränität und die territoriale Integrität zu verteidigten. Der Präsident plädierte für eine multipolare Welt "ohne hegemoniale Imperien". Als Schwesternation könne Russland in seinem Kampf gegen die "Bedrohungen der NATO" und des Westens mit der vollen Unterstützung der Bolivarianischen Republik rechnen. Die Diplomatie des Friedens werde bei der Verteidigung der Gerechtigkeit und der Wahrheit immer triumphieren.
Bei den Verhandlungen ging es nicht nur um den Ausbau der Zusammenarbeit im Militärbereich. Maduro dankte der russischen Regierung für die Hilfe im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie. Der Staatschef hob hervor, dass die Stärkung der wirtschaftlichen Kontakte zwischen Moskau und Caracas schon jetzt Früchte trage. Nach Angaben von Borissow sei der Handelsumsatz zwischen den beiden Staaten im Jahr 2021 um 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen.
Im Bereich Tourismus schlug Maduro vor, die Zahl der wöchentlichen Direktflüge zwischen Moskau und Caracas aufzustocken. In den vergangenen zwei Monaten hätten mehr als 15.000 Touristen aus Russland das südamerikanische Land besucht. Es gebe auch immer mehr Touristen aus anderen lateinamerikanischen Ländern, die über Caracas nach Moskau fliegen würden.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620e0d5eb480cc0f744adad6.jpg

snanews.de: **Kiewer Armee verletzt Waffenruhe – Donezk erwidert das Feuer**
Die Volkswehr der selbsternannten Republik Donezk hat am Donnerstag das Feuer der ukrainischen Armee erwidern müssen. „Wir sahen uns gezwungen, Feuerstellungen der ukrainischen Militärs zu vernichten“, teilte Eduard Bassurin, Vertreter der Donezker Volkswehr, dem russischen TV-Sender Rossija 24 mit.

„Sollten die Ukrainer so weitermachen, werden wir (sie) weiter vernichten. Dann wollen wir mal sehen, wer Recht hatte und wer nicht, wer den eigenen Boden verteidigt und wer ihn besetzen will“, betonte Bassurin.
Offizielle Vertreter der beiden nicht anerkannten Republiken Donezk und Lugansk hatten am Donnerstagmorgen mitgeteilt, dass ihre Positionen von der ukrainischen Armee unter massiven Beschuss genommen worden waren. Kiew habe 21 Mal gegen die Feuerpause verstoßen, hieß es aus Donezk. Den Angaben zufolge wurde eine Zivilistin verletzt. In der Siedlung Nikolajewka seien Wohnhäuser, eine Strom- und eine Gasleitung beschädigt worden.
Ihrerseits erklärte die ukrainische Seite, dass zwei Soldaten und zwei Zivilisten verletzt worden seien.
Moskau hatte Kiew mehrmals vorgeworfen, gegen das Minsker Friedensabkommen verstoßen und Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts hinausgezögert zu haben. Russischen Angaben zufolge hat Kiew mit etwa 150.000 Mann beinahe die Hälfte seiner Armee an der Trennlinie im Donbass konzentriert. Russland befürchtet, dass die Ukraine das Donbass-Problem mit Gewalt lösen will.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/11/5403275_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_81d2c97dfb22e92c3bf7956028bcb93d.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. Februar 2022 wurden 29 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.
Beschossen wurden **Sokolniki, Solotoje-5, Weselenkoje, Nishneje Losowoje, Donezkij, Rajewka, Losowoje, Nikolajewka, Nowokiewka, Metallist, Obosnoje, Schischkowo, Slawjanoserbsk, Weselogorowka, Christowoje, Debalzewo, Golubowskoje, Kalinowo-Borschtschewatoje** und **Molodoshnoje** unter Einsatz von Granatwerfern, Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen. Insgesamt wurden 345 Geschosse abgefeuert.
Infolge des Beschusses von Nikolajewka wurden zahlreiche Schäden an der Fensterverglasung der Häuser Nr. 1, 2, 9 und 10 im Stadtteil Jubilejnyj festgestellt, außerdem wurden ein Industrieobjekte und eine Stromleitung beschädigt.
Weitere Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Britisches Militär veröffentlicht Karte von "Putins Invasion"**
An der Rhetorik eines baldigen Angriffs Russlands auf die Ukraine hält der Westen unbeirrt fest. Nun veröffentlichte das britische Verteidigungsministerium eine Karte, die "Präsident

Putins mögliche Invasionsachse" zeigen soll.
Auf einer Karte, die das britische Verteidigungsministerium am Donnerstag veröffentlichte, ziehen sich rote Pfeile über das Territorium der Ukraine. Die Grafik solle die mögliche "Achse" veranschaulichen, entlang derer sich die angebliche russische Invasion jederzeit entfalten könnte. Das britische Militär bezeichnete die Karte als "Präsident Putins mögliche Invasionsachse". Auf Twitter schrieb die Behörde:
"Russland verfügt nach wie vor über eine bedeutende Militärpräsenz, die ohne weitere Warnung eine Invasion durchführen kann."
Die Karte des Ministeriums zeigte sieben Pfeile, die von Russland und Weißrussland aus in die Ukraine "eindringen". Der Tweet des Ministeriums kam etwa eine Stunde nachdem die britische Außenministerin Liz Truss erklärt hatte, sie sei "sehr besorgt über die heutigen Berichte über eine verstärkte russische Aggression".
Truss fügte hinzu, dass Berichte über "angebliche ungewöhnliche militärische Aktivitäten der Ukraine im Donbass ein unverhohlener Versuch der russischen Regierung sind, einen Vorwand für eine Invasion zu erfinden". Im Anschluss an diese Meldung aus London behauptete US-Präsident Joe Biden, Russland stehe "in den nächsten Tagen" vor einer Invasion.
In der Zwischenzeit erklärte US-Außenminister Antony Blinken vor dem UN-Sicherheitsrat, dass Russland beabsichtige, einen "Vorwand" für einen Angriff zu fabrizieren. Hierbei könne es sich um alles Mögliche handeln wie zum Beispiel "einen erfundenen sogenannten terroristischen Bombenanschlag innerhalb Russlands, die erfundene Entdeckung eines Massengrabes, einen inszenierten Drohnenangriff auf Zivilisten oder einen vorgetäuschten – oder sogar echten – Angriff mit chemischen Waffen."
Die USA und das Vereinigte Königreich beschuldigen Russland seit Ende Oktober, in die Ukraine einmarschieren zu wollen. Beweise für diese Behauptung haben sie bisher keine vorgelegt. Dies hat mehrere Medien jedoch nicht davon abgehalten, bereits ominöse Karten einer bevorstehenden "Invasion" zu erstellen.
Moskau hat die Anschuldigungen stets zurückgewiesen und westliche Medienberichte als "Fake News" bezeichnet. Selbst die Regierung in Kiew hat ihre westlichen Verbündeten aufgefordert, die Rhetorik zu drosseln, da sie Panik verbreite und der Ukraine schade.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620f3068b480cc6a4201216a.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. Februar 3:00 Uhr bis 18. Februar 3:00 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK 24 Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der

Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).
Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde infolge einer Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU eine Einwohnerin von Staromichajlowka verletzt. Die genauen Umstände des Geschehens werden noch ermittelt.
Außerdem wurden infolge einer Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU auf Donezk zwei private Häuser in der Siedlung des Tscheljukinzew-Bergwerks beschädigt:
- Uliza Melitopolskaja 67 – Fensterverglasung;
- Uliza Melitopolskaja 86a - Fensterverglasung
Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung folgender Ortschaften: **Sajzewo (jushnoje), Golmowskij, Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6/7, Siedlung des Isotow-Bergwerks), Wesjoloje, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Siedlung Mandrykino) Staromichajlowka, Jelenowka, Signalnoje, Oktjabrj, Petrowskoje, Nowolaspa, Kominternowo, Sachanka.**
Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 286.
In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 2 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Leugnung des Völkermordes an Russen im Donbass: Russischer Botschafter wirft USA Zynismus vor**
Der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, sieht Zynismus in der Leugnung des Völkermords an den Russen im Donbass durch die US-Behörden. Darüber informierte der Pressedienst der russischen Vertretung in Washington am Freitag.
Die Aussagen von US-amerikanischen Beamten, die den Völkermord an Russen im Donbass in Frage stellen, rufen laut dem Botschafter Empörung und Unmut hervor. „Wie sonst ist der Beschuss von Wohnvierteln durch die ukrainischen Sicherheitskräfte mit Mehrfachraketenwerfern zu verstehen“, wird Antonow via Facebook zitiert.
„Oder die in der Nähe von Lugansk entdeckten Massengräber von fast 300 Zivilisten, die nur deshalb starben, weil sie Russisch als ihre Muttersprache betrachteten?“
Diese Gräueltaten stellte der Botschafter in eine Reihe mit der bislang ungeklärten Tragödie im Gewerkschaftshaus in Odessa im Mai 2014, bei der Dutzende unbewaffnete Einwohner der Stadt bei lebendigem Leibe von neonazistischen Verbrechern verbrannt wurden. Deren Leugnung zeuge nach seinen Worten „nicht nur von einer Doppelmoral seitens der Vereinigten Staaten, sondern auch von einem recht primitiven und groben Zynismus“.
„Es stellt sich heraus, dass Washingtons schöne Slogans über den höchsten Wert der Menschenrechte keinen Groschen wert sind.“
Das wichtigste geopolitische Ziel der USA sei es, Russland so weit wie möglich nach Osten zu drängen. Deswegen verfolge Washington den Kurs zur Verdrängung der russischsprachigen Bevölkerung aus ihren derzeitigen Wohnorten. „Daher ziehen es die Amerikaner vor, die Versuche, die Russen in der Ukraine gewaltsam zu assimilieren, nicht nur zu ignorieren, sondern auch in jeder Hinsicht politisch und militärisch zu unterstützen“, so der Diplomat weiter.
„Die USA sollten verstehen, dass in der Ukraine Millionen von Russen leben, deren Interessen gesichert und geschützt werden müssen. Dies ist die Garantie für die Stabilität der ukrainischen Staatlichkeit und territorialen Integrität.“
Am Dienstag hatte der russische Präsident Wladimir Putin auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit Bundeskanzler Olaf Scholz zur Situation um die Ukraine gesagt, dass nach Einschätzung der russischen Seite, was heute im Donbass geschehe, Völkermord sei. Seine Äußerungen kamen kurz vor einer Ankündigung, dass das russische Ermittlungskomitee ein Verfahren wegen der im Donbass entdeckten Massengräber mit mindestens 295 Zivilisten

einleitete.
Der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price, sagte am Mittwoch, dass die USA über die Aussagen des russischen Präsidenten besonders besorgt seien, weil es dafür keine Grundlage gebe.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5403577_0:171:2785:1737_1920x0_80_0_0_047379ce5a087b86eb3a0e38e019ca62.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 18. Februar um 9:00 Uhr 27.247 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
3436 Personen sind derzeit erkrankt, 20.564 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3247 Todesfälle.

de.rt.com: **Washington: Russland erwägt "chemischen Angriff"**
Russland bereite sich auf eine Invasion in die Ukraine in den "kommenden Tagen" vor und plane einen Angriff unter echter oder falscher Flagge – möglicherweise sogar mit chemischen Waffen. Das behauptete US-Außenminister Blinken am Donnerstag vor dem UN-Sicherheitsrat.
In einer Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen behauptete US-Außenminister Antony Blinken, dass Russland "mehr als 150.000 Soldaten an den Grenzen zur Ukraine" stationiert habe und dass die USA und ihre Verbündeten nicht davon ausgehen, dass sich diese Truppen zurückziehen, sondern stattdessen "in den kommenden Tagen einen Angriff auf die Ukraine vorbereiten".
Er behauptete auch, Russland beabsichtige, "einen Vorwand" für einen Angriff zu fabrizieren, obwohl die USA nicht wüssten, in welcher Form dies geschehen würde. Der US-Chefdiplomat hob hervor:
"Es könnte ein erfundener sogenannter terroristischer Bombenanschlag innerhalb Russlands, die erfundene Entdeckung eines Massengrabes, ein inszenierter Drohnenangriff auf Zivilisten oder ein vorgetäuschter – oder sogar echter – Angriff mit chemischen Waffen sein."
Schon seit Monaten beschuldigen sich die USA, die Ukraine und Russland gegenseitig, in der umstrittenen ostukrainischen Region Donbass einen Angriff unter falscher Flagge zu planen. Zunächst wies das russische Verteidigungsministerium im Dezember auf die Anwesenheit privater US-Militärdienstleister und chemischer Waffen an bestimmten Orten hin. Drei Wochen später berichtete CNN unter Berufung auf anonyme US-Geheimdienstquellen, dass Russland eine Operation unter falscher Flagge plane. Später veröffentlichten Milizen der selbsternannten Volksrepublik Donezk weitere Einzelheiten über einen angeblichen Plan ukrainischer Saboteure, einen Krieg zu provozieren.
Washington behauptet seit Oktober, dass eine Invasion Russlands in die Ukraine bevorstehe.

Mehrere westliche Medien haben sich auf US-amerikanische und britische Spione berufen und das angebliche Datum der Offensive auf den 16. Februar festgelegt. Ein solcher Angriff hat aber nicht stattgefunden.
Blinken stellte vor dem UN-Sicherheitsrat fest, dass Kritiker die US-Informationen in Frage stellen und an frühere Fälle erinnern würden, in denen sich US-Geheimdienstinformationen nicht bewahrheitet hätten. Der US-Gesandte beharrte jedoch darauf, dass die USA und ihre Verbündeten die Wahrheit sagen würden und bezichtigte Russland der Lüge.
Berichte über "angebliche ungewöhnliche militärische Aktivitäten der Ukraine im Donbass sind ein eklatanter Versuch der russischen Regierung, einen Vorwand für eine Invasion zu erfinden", behauptete Blinkens britische Amtskollegin Liz Truss am Donnerstag in den sozialen Medien.
Moskau hat wiederholt Behauptungen der USA und ihrer Verbündeten über die Planung einer Invasion in die Ukraine als "Fake News" bezeichnet. Am Donnerstag hat Kremlsprecher Dmitri Peskow betont, dass die Äußerungen von US-Präsident Joe Biden über eine "in den nächsten Tagen" stattfindende Invasion die Spannungen in der Ukraine bloß verschärfen würden.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620f3f8cb480cc3b625bd9a4.jpg

Mzdnr.ru: Am 17. Februar wurden in der DVR 3779 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1731 positiv, bei 42 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.
In den letzten 24 Stunden wurden 139 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 15 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 87 ins Krankenhaus eingewiesen.
Insgesamt sind 1330 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 519 mit Sauerstoffunterstützung (+27 in den letzten 24 Stunden).
Am 18. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 149.345 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
26.964 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 113.742 als gesund entlassen, es gibt 9639 Todesfälle.

snanews.de: **EU erwartet Flüchtlingsansturm wegen Ukraine-Krise**
Bei einer Verschärfung der Lage in der Ukraine müssen sich die Länder der Europäischen Union nach Angaben der EU-Kommission auf den Zulauf von bis zu einer Million Flüchtlingen einstellen – darunter nicht nur Ukrainer, sondern auch Migranten aus dem Nahen Osten.
Die EU-Kommission bereite sich auf „unterschiedliche Szenarien“ für den Fall einer Eskalation der Ukraine-Krise vor, sagte der Vizepräsident der EU-Kommission, Margaritis Schinas, der „Welt“. Die Verschärfung der Lage würde auch den Migrationsdruck auf die EU-

Länder erhöhen: „Es wird geschätzt, dass zwischen 20.000 und mehr als einer Million Flüchtlinge kommen könnten“, so Schinas.

Polen verlangt Solidarität

Die meisten Flüchtlinge würden aller Wahrscheinlichkeit nach über Polen, das an die Ukraine angrenzt, in die EU kommen. Warschau hat die Länder der Europäischen Union bereits zur Solidarität aufgerufen. Alle EU-Länder müssten Polen helfen, sagte Andrzej Dera, ein Berater von Staatspräsident Duda, laut der „Welt“:

„Wir sind vorbereitet, aber werden doch auch Unterstützung brauchen.“

Was in Polen besondere Sorgen auslöst, ist, dass im Fall einer Eskalation nicht nur Ukrainer zu erwarten wären. Denn im östlichen Nachbarland leben zurzeit auch zahlreiche Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten, insbesondere auch aus Afghanistan. Bisher hat sich die polnische Regierung immer geweigert, Migranten aus islamischen Ländern aufzunehmen.

Russlands Armee auf dem Weg in die Kasernen

Westliche Staats- und Regierungschefs beschuldigen die russische Regierung, trotz entgegengesetzter Erklärungen aus Moskau, die Lage an der ukrainischen Grenze zu eskalieren. Das russische Außenministerium erklärte mehrfach, dass die Spannungen in Bezug auf die Ukraine nicht von Russland ausgingen. Vielmehr nutze der Westen die angespannte Lage als Vorwand für die Verstärkung seiner Truppen an den russischen Grenzen und als Rechtfertigung dafür, dass Kiew die Minsker Vereinbarungen hintertreibe.

Aus dem Kreml hieß es, die Nato und die Vereinigten Staaten würden ihre Erklärungen zur Ukraine in Lügen und Fake News einbetten. Während das russische Verteidigungsministerium einen Teilabzug der Truppen aus Gebieten, die an die Ukraine grenzen, angekündigt hat, erklärt der Westen unablässig, keine Anzeichen für einen Truppenabzug zu erkennen. Am vergangenen Dienstag hieß es aus dem Verteidigungsministerium in Moskau, Truppenverbände der Militärbezirke Süd und West hätten nach Abschluss längerer Übungen mit der Verlegung in ihre ständigen Kasernen begonnen. Das sei übliche Praxis, erklärte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Nach dem Manöver kehrten die Streitkräfte zu ihren Stützpunkten zurück.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5406705_0:215:3146:1985_1920x0_80_0_0_95acab5682aecb827b2021019d815955.jpg

Armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zum Fall der Beschädigung einer Elektrounterstation**

Die bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet Schläge auf wichtige Objekte der zivilen Infrastruktur der Donezker Volksrepublik.

Durch Beschuss von Seiten der 95. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurde eine **Transfomatorunterstation** vom Netz getrennt, die die **Siedlung des Isotow-Bergwerks** versorgt. Inzwischen wurde die Unterstation notfallmäßig auf eine andere Leitung umgeschaltet.

Durch Beschuss von den Positionen der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf **Werchnetorezkoje (jushnoje)** wurde die **Transformatorunterstation „Rasdolnaja“** beschädigt. Derzeit haben mehr als 200 Verbraucher in Werchnetorezkoje und Krasnyj Partisan keinen Strom. Die Energietechniker können wegen des anhaltenden Beschusses keine Reparaturarbeiten durchführen.
Die Materialien zu den Beschießungen werden Vertretern internationaler Organisationen sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Kommandeure der 25. Luftlandebrigade Kurasch und der 95. Luftsturmbrigade Wesser hinzuzufügen.

snanews.de: **„Wichtigster Rüstungsauftrag“: Polen kauft 250 Abrams-Panzer von den USA**
Das Pentagon hat dem polnischen Kaufantrag für 250 modernste Panzer des Typs „Abrams“ zugestimmt. Das teilte der Verteidigungsminister des Landes Mariusz Blaszczak am Freitag auf Twitter mit und bezeichnete den Kauf als einen der wichtigsten Rüstungsaufträge in der Geschichte seines Landes.
„Sehr wichtige Nachricht für die Sicherheit Polens. Das US-Außenministerium hat den Verkauf von 250 Abrams-Panzern in der modernsten Version M1A2 SEPv3 genehmigt. Dies ist eine äußerst wichtige Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeiten und einer der wichtigsten Rüstungsaufträge in der Geschichte Polens“, schrieb der polnische Verteidigungsminister.
Zuvor sind acht Jagdflugzeuge F-15 der US-Luftstreitkräfte im Rahmen der Nato-Mission Air Policing in Polen eingetroffen. Jetzt beträgt das Nato-Luftkampfkontingent im Land 23 Einheiten. Die Nato Air Policing Mission soll die Sicherheit des Luftraums der Bündnismitglieder gewährleisten.
Das Pentagon hatte vorige Woche beschlossen, vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise zusätzliche 3000 US-Soldaten nach Polen zu entsenden. Es ist auch geplant, zusätzliche Kampfeinheiten nach Deutschland und Rumänien zu schicken, wie US-Behörden Anfang des Monats angekündigt hatten.

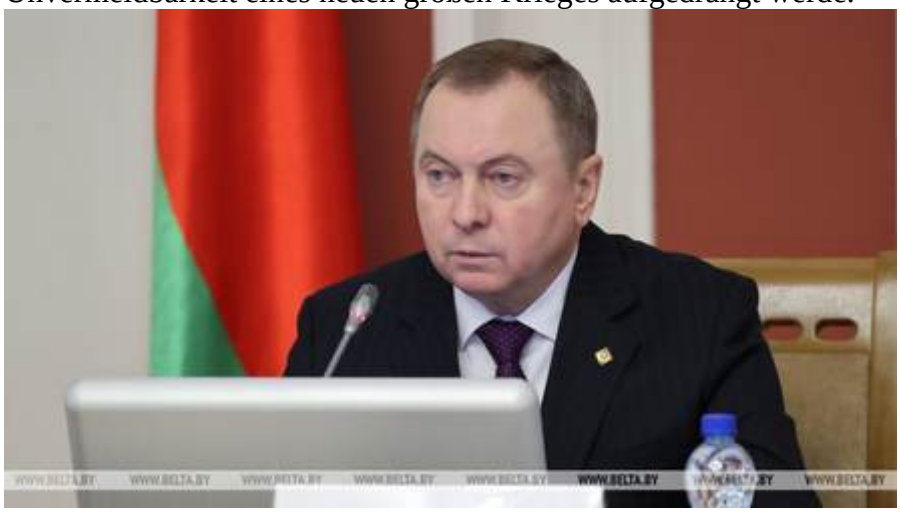
https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5407434_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_768bba773b7afaaa8acd8a97132f43ec.jpg

Mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko am 18. Februar 2022**
Die Lage an der Kontaktlinie hat sich heftig zugespitzt. Von Seiten der ukrainischen Armee erfolgt an der Kontaktlinie ein **systematischer Beschuss des Territoriums der Lugansker Volksrepublik**. Allein **in den letzten 24 Stunden** sind von Seiten der ukrainischen Armee **29 Beschießungen mit schweren Waffen** erfolgt. Geschossen wurde auf **Sokolniki, Donezkij, Slawjanoserbsk, Metallist, Golubowskoje, Weselenkoje, Rajewka, Nikolajewka, Nowokiewka, Obosnoje, Schischkoeo, Christowoje, Kalinowo-Borschtschewatoje,**

Molodjoshnoje, Weselogorowka und **Debalzewo**.
Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Kämpfer **achtmal das Regime der Feuereinstellung verletzt** und **Prischib, Shelobok, Seljonaja Roschtscha, Weselenkoje, Molotschnyj, Kalinowka, Sansharowka** und **Kalinowo** beschossen haben.
Wir meinen, dass diese Beschießungen darauf gerichtet sind, die Volksmiliz zur Erwiderung des Feuers zu provozieren und einen Anlass für einen Beginn einer ukrainischen Aggression im Donbass zu schaffen.
Außerdem erhält unsere Aufklärung weiter Informationen über Maßnahmen, die vom Gegner zum Zweck der **Vorbereitung auf die Entfachung von Kampfhandlungen** durchgeführt werden.
So hat eine Erkundungsgruppe des Stabs der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte der ukrainischen Streitkräfte unter Leitung des Kommandeurs General Pawlujk eine **Erkundung im Gebiet des Swetlodarsker Bogens** durchgeführt.
Nach Angaben einer geheimdienstlichen Quelle hat der Gegner dieses Gebiet als Richtung für den Hauptschlag der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ ausgewählt, um unsere Verteidigung zu durchdringen, die Transportverbindung zwischen den Republiken zu blockieren und für die Entwicklung des Angriffs in der Tiefe unserer Verteidigung von den Flanken her.
Ein Durchbruch durch unsere Verteidigung ist in diesem Gebiet durch Kräfte der 30. mechanisierten Brigade geplant, verstärkt durch zwei Panzerbataillons der 17. Panzerbrigade und in Zusammenarbeit mit dem rechten Nachbarn, der 95. Luftsturmbrigade und mit Artillerieunterstützung der 26. Artilleriebrigade. In der zweiten Staffel soll die 17. Panzerbrigade ohne die zwei Bataillone und die 81. Luftlandebrigade, die sich in der Reserve des Kommandeurs der OOS befindet, eingesetzt werden.
Außerdem wurde **am 17. Februar in den Panzereinheiten der 24. mechanisierten Brigade** der ukrainischen Streitkräfte eine **außerplanmäßige Überprüfung** durch den Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Krasilnikow durchgeführt, ob die Panzertechnik dazu bereit ist, die Lagerorte zu verlassen und sich in das für den Angriff benannte Gebiet zu begeben.
Wir haben eine aktive Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte auf den Angriff auch in anderen Gebieten festgestellt:
in den Gebieten von Trechisbjonka, Krasnaja Talakowka, Troizkoje und Solotoje wurde im Verlauf der Woche eine erhebliche **Aktivität von Drohnen des Gegners** festgestellt, die Maßnahmen zur Kontrolle der Tarnung an den Frontpositionen der 57. Panzergrenadierbrigade, der 79. Luftsturmbrigade, der 24. und der 30. mechanisierten Brigade durchführen; in den Gebiet von Staniza Luganskaja, Stschastje und Krymskoje sind zwei Gruppen des Spezialzentrums der Spezialoperationskräfte „West“ mit je 20 Mann eingetroffen. Hauptaufgabe der Spezialeinheiten ist die **Verstärkung der Scharfschützenaktivität** in den jeweiligen Verantwortungsbereichen, die Durchführung von Diversionen unter anderem unter Einsatz selbstgebauter Sprengeinrichtungen des Splittertyps, die mit Hilfe von Drohnen befördert werden.
Wir werden den Verlauf der Vorbereitung der Ukraine zu Kampfhandlungen gegen die Volksrepubliken weiter aufmerksam verfolgen und die Truppenteile der Volksmiliz auf die Abwehr einer ukrainischen Aggression im Donbass vorbereiten.

deu.belta.by: **Makej kündigt aktives Wettrüsten und verstärktes Militarisieren unserer Region an**
Wir erleben nicht nur ein aktives Wettrüsten, sondern auch ein verstärktes Militarisieren unserer Region. Das erklärte Außenminister Wladimir Makej heute bei einer Sitzung des belarussischen Außenministeriums.
"Globale Konfrontationsverhältnisse, die von einer latenten in eine offene Phase

übergegangen sind, werden durch abrupte Zunahme des wirtschaftlichen Wettbewerbs um den Zugang zu Ressourcen und Technologien, den Kampf um die Kontrolle über kritische Versorgungsketten und den Wunsch nach "geopolitischer Entwicklung" von Territorien der Drittländer begleitet. Wir erleben nicht nur ein aktives Wettrüsten, sondern auch ein verstärktes Militarisieren unserer Region", sagte der Leiter des belarussischen Außenministeriums.
Wladimir Makej wies darauf hin, dass im Zuge der heißen Informationskriege einem durchschnittlichen Informationskonsumenten in den westlichen und einigen anderen Segmenten des Internets und der Massenmedien aggressiv die Vorstellung von der Unvermeidbarkeit eines neuen großen Krieges aufgedrängt werde.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1645174015_59852_big.jpg

Lug-info.com: **Ansprache des Oberhaupts der LVR Leonid Pasetschnik anlässlich des Jahrestags der Beendigung der Tschernuchino-Debalzewo-Operation**
Liebe Landsleute!
In diesen Tagen sind unsere Herzen voll vom Gefühl des Stolzes auf die Heldentaten der Verteidiger des Donbass. Vor sieben Jahren haben die vereinten Streitkräfte der Luganskер und der Donezker Volksrepublik den Sieg in der Tschernuchino-Debalzewo-Operation errungen.
Die Befreiung des Brückenkopfs Tschernuchino-Debalzewo war nicht leicht. Die Kräfte der ukrainischen Streitkräfte haben sich hauptsächlich in dieser Richtung festgesetzt und massive Schläge auf die friedliche Bevölkerung, zivile Infrastruktur und die Positionen unserer Soldaten verübt. Trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit an Technik und Personal des Feindes waren wir stärker, weil wir unser Heimatland verteidigten. Die Wahrheit war immer auf unserer Seite. In der Folge heftigster Kämpfe ergab sich die ukrainische Armee und rettete sich durch Flucht aus dem Kessel von Debalzewo. Kiew versuchte bis zum letzten, die Niederlage zu leugnen, aber sie war zu offensichtlich. Die Ukraine musste sich an den Verhandlungstisch setzen und die Minsker Vereinbarungen unterzeichnen.
Leider haben die praktischen Lektionen die ukrainische Regierung nichts gelehrt. Der Gegner verletzt regelmäßig die Minsker Vereinbarungen, was nur die politische Schwäche der Ukraine zeigt. Der Donbass wird in der dieser Zeit stärker und entwickelt sich, verstärkt seine Verteidigungsfähigkeit. Die Armeen der Luganskер und der Donezker Volksrepublik sind jederzeit bereit, den Feind angemessen abzuwehren.
Sehr geehrte Landsleute!
An diesem Gedenktag erinnern wir uns mit einer Schweigeminute an die Namen der getöteten Soldaten und zivilen Einwohner. Von ganzem Herzen danke ich den Soldaten, den Fahrern, Ärzten und nicht gleichgültigen Bürger, allen, die in den schweren Februartagen des Jahres

2015 Mut und Heldentum gezeigt haben.
Ich wünsche den Teilnehmern dieser strategischen Operation starke Gesundheit, familiäres Glück und Wohlergehen. Frieden uns allen!
Das Oberhaupt der Luganskер Volksrepublik Leonid Pasetschnik

de.rt.com: **Medienberichte: USA halten russischen Truppenabzug für "Ausflucht"**
Nach Angaben der US-Geheimdienste wolle Russland mit der Meldung über einen Truppenabzug "die USA in die Irre führen", so die Zeitung The Washington Post. Außerdem befürchte Washington, dass Moskau die Übung in Weißrussland als Vorwand für einen Angriff nutze.
Den US-Behörden lägen Informationen vor, wonach der Rückzug der russischen Truppen auch von den westlichen Grenzen eine "Ausflucht" sei, um die USA und andere Staaten in die Irre zu führen. Dies hat die Zeitung The Washington Post (WP) unter Berufung auf vier ungenannte Beamte berichtet. Einer von ihnen erklärte:
"Washington hat glaubwürdige Informationen erhalten, wonach die russischen Behauptungen über einen Truppenabzug möglicherweise Teil einer Desinformationskampagne sind, mit der die USA in die Irre geführt werden sollen."
Zwei Gesprächspartner der Zeitung berichteten außerdem von zusätzlichen Erkenntnissen, die auf die angebliche Absicht Russlands hindeuten, einen chemischen Angriff auf Zivilisten im Donbass zu inszenieren und die Schuld dafür der US-Regierung zu geben.
WP-Quellen zufolge baue Russland seine Streitkräfte an der Grenze zur Ukraine weiter auf, während der Beschuss im Osten des Landes zunehme. Darüber hinaus sei Washington besorgt über die laufende russisch-weißrussische Übung "Sojusnaja Reschimost 2022" (zu Deutsch "Entschlossenheit der Union 2022") auf weißrussischem Territorium "in erreichbarer Entfernung von der ukrainischen Grenze". Geheimdienstberichten zufolge könnten diese Manöver als Vorwand für einen Angriff auf die Ukraine dienen, so WP.
Am 15. Februar hatte das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass die Streitkräfte einen Teil ihrer militärischen Übungen abgeschlossen hätten und damit beginnen würden, Truppen zu ihren ständigen Einsatzorten zurückzuschicken.
NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte, er sehe durch den Abzug der russischen Truppen keine Anzeichen für eine Deeskalation der Krise in der Ukraine. Er betonte, dass das russische Militär, selbst wenn es sich von der Grenze zurückziehe, Ausrüstung dort zurücklassen könne. Der Generalsekretär fügte hinzu, dass Russland nicht nur Truppen, sondern auch schweres Gerät von der Grenze zur Ukraine abziehen müsse.
Einen Tag später erklärte Stoltenberg, die NATO sehe, dass Russland an der Grenze zur Ukraine militärisch aufrüste.
Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte am 17. Februar, westliche Massenmedien hätten Daten über eine russische "Invasion" in der Ukraine veröffentlicht. Er stellte fest, dass es sich dabei um unverantwortliche Fälschungen handelte, deren Urheber die Unrichtigkeit nicht einmal zugeben würden.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620f6a86b480cc56b766c02b.jpg

nachmittags:

armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**
Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte haben einen Versuch unternommen, eine Diversion an einem Objekt der zivilen Infrastruktur der DVR durchzuführen.
Heute Nacht hat eine **Diversionsgrupp**e des Spezialzentrums „Ost“ (ehemaliges 3. Spezialregiment der Spezialoperationskräfte) **versucht, auf das Territorium eines Mineralöllagers im Gebiet von Jelenowka einzudringen, um die Tanks zu sprengen**, weil sie davon ausgehen, dass in ihnen Treibstoff gelagert wird. Große katastrophale Folgen konnten auch dank der operativen Arbeit der Vertreter der militärischen Strukturen verhindert werden, die unverzüglich auf den Anruf des Wachmanns des Mineralöllagers reagierten und den Terrorakt verhinderten.
Die Materialien zu diesem Terrorakt werden Vertretern internationaler Organisationen sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme eines Strafverfahren übergeben.

rusvesna.su: **Ein weiteres Land zieht sein Personal aus der OSZE-Mission in der Ukraine ab**
Die irische Regierung forderte ihre Bürger auf, das Territorium der Ukraine zu verlassen. Diese Anweisung gilt auch für die Iren, die Mitglieder der OSZE-Beobachtungsmission (SMM) sind.
„Wir stehen weiterhin mit der OSZE und anderen Partnern in Verbindung und stehen in Kontakt mit irischen Bürgern, die für die Sonderbeobachtermission der OSZE arbeiten. Die Empfehlung, das Land zu verlassen, gilt für alle irischen Staatsbürger in der Ukraine, einschließlich derjenigen, die für die SMM arbeiten“, teilte die irische Regierung in einer Erklärung mit.
Aus diesem Land gibt es 9 Beobachter in der OSZE-Mission in der Ukraine.
"Schlechte Nachrichten. Trotz der unterschiedlichen Ansprüche an die OSZE-Mission von verschiedenen Seiten im Donbass werden sie dort sehr dringend benötigt, besonders jetzt“, stellten die Autoren des ukrainischen Telegram-Kanals ‚Klimenko Time‘ fest.
Es sei darauf hingewiesen, dass die OSZE-Mission am 13. Februar eine Erklärung veröffentlicht hatte, in der sie erklärte, dass bestimmte Mitgliedstaaten der Organisation beschlossen hätten, ihre in der SMM arbeitenden Bürger aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen.
„Die SMM der OSZE in der Ukraine ist eine zivile Mission, deren Personal mehrheitlich aus internationalen Mitarbeitern besteht, die von OSZE-Teilnehmerstaaten entsandt werden. Ein

solches System ermöglicht es den OSZE-Teilnehmerstaaten unter anderem, Entscheidungen über die Wiederverwendung ihrer abgeordneten Bürger im In- und Ausland zu treffen. Einzelne OSZE-Teilnehmerstaaten haben kürzlich entschieden, dass ihre zum Dienst in der SMM entsandten Bürger die Ukraine in den nächsten Tagen verlassen sollen“, heißt es in der Erklärung.
Gleichzeitig versprach die Mission, die Arbeit gemäß dem Mandat „mit Beobachtern fortzusetzen, die in 10 Städten in der ganzen Ukraine stationiert sind“.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/obse_bespilotnik.jpg

Armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**
In Richtung Gorlowka haben Soldaten der Volksmiliz der DVR einen Versuch des Eindringens einer *Diversionsgruppe des Gegners* auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik unterbunden.
Entlang eines Waldstreifens in der Nähe von Shelesnaja Balka haben unsere Beobachter die Bewegung von zwei Spezialgruppen der BFU mit 10 bzw. 12 Mann entdeckt. Unsere Verteidiger waren gezwungen, das Feuer mit ihren Dienstwaffen zu eröffnen. Der Gegner hatte Verluste von mindestens zwei Toten und drei Verletzten und war gezwungen abzuziehen.
Nach Angaben unserer Aufklärung **planten die Diversanten einen Behälter mit Chlor auf dem Gelände einer Kläranlage im Gebiet von Gorlowka zu sprengen.**
Am Ort des Gefechts wurden individuelle Schutzmittel und Munition ausländischer Herkunft sowie eine an einer Panzerweste befestigte Action-Cam gefunden. Allem Anschein nach planten die Kämpfer mit deren Hilfe ihrer Führung eine Bestätigung für die Ausführung der übertragenen Aufgabe vorzulegen.
Als Beweis für die verbrecherischen Absichten der ukrainischen Seite legen wir Ihnen Bilder aus dieser Kamera vor.
Nicht lange vor dem Gefecht haben wir Gespräche der Diversanten in polnischer Sprache abgehört. Zuvor hatten wir mitgeteilt, dass polnische Söldner auf der Seite der ukrainischen Kämpfer beteiligt sind.
Außerdem hat heute gegen 4:00 morgens in Gorlowka nach Informationen vom Staatssicherheitsministerium der DVR eine Gruppe ukrainische Diversanten einen Versuch unternommen, einen Behälter zur Lagerung von Ammoniak im Werk „Stirol“ unternommen. Bei dem Angriff wurde der Wachmann des Unternehmens, der die Diversantengruppe entdeckte, verletzt. Er wurde ärztlich behandelt, sein Leben ist nicht in Gefahr.
Am Ort des Geschehens arbeiten Spezialdienste.
Wir lenken die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und der Vertreter internationaler Organisationen darauf und bitten darum, eine kritische Bewegung der verbrecherischen

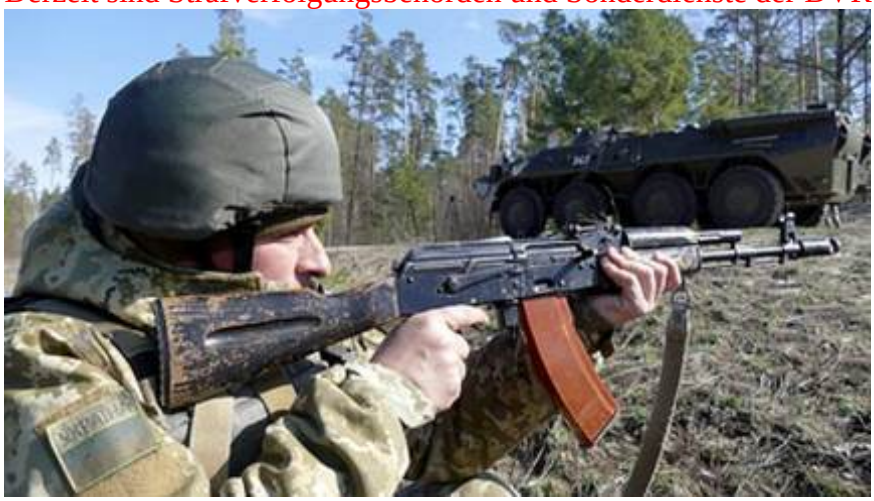
Handlungen der ukrainischen Seite abzugeben.
Die bewaffneten Formationen der Ukraine versuchen zielgerichtet Angst und Panik unter den friedlichen Einwohnern der Republik zu sehen und wählen dazu für Schläge lebenswichtige zivile Objekte aus.
Allein am Morgen haben die ukrainischen Streitkräfte Angriffe auf ein Mineralöllager im Gebiet von Jelenowka, auf ein Klärwerk und das Werk „Stirol“ in Gorlowka durchgeführt sowie zwei Transformatorunterstationen außer Betrieb gesetzt.
Die oben dargelegten Sachverhalte sind eine direkte Bestätigung der Vorbereitung der ukrainischen Seite auf die Entfachung von Kampfhandlungen.

deu.belta.by: **Verstärkte militärische Präsenz an westlichen Grenzen stellt Bedrohung der nationalen Sicherheit dar**
Die verstärkte NATO-Präsenz sorgt dafür, dass sich Belarus in seinen nationalen Sicherheitsinteressen bedroht fühlt. Das sagte Außenminister Wladimir Makej in der heutigen Sitzung des Außenministeriums.
„Eine ernsthafte Bedrohung der nationalen Sicherheit von Belarus stellte die verstärkte Präsenz der NATO-Truppen dar. Genauso wie der Ausbau der Militärpräsenz in der Nähe der westlichen Grenzen unter dem Vorwand einer ‚Eskalation‘ der so genannten Migrationskrise. Eine weitere Sicherheitsbedrohung stellte die Eskalation der Situation rund um die Ukraine. Man versucht immer wieder, die Ukraine als ein ‚Objekt der Aggression‘ darzustellen und anderen zu suggerieren, dass von Belarus die Aggression ausgeht“, so der Außenminister.
Wladimir Makej erinnerte an die Rede des belarussischen Staatschefs vor der 6. Allbelarussischen Volksversammlung, in der Alexander Lukaschenko die Aufgabe stellte, kurz- und langfristige außenpolitische Prioritäten der Republik zu bestimmen. Weitere Aufgaben wurden im Juli 2021 bei einem Treffen des belarussischen Staatsoberhauptes mit den belarussischen Diplomaten definiert.
Wladimir Makej betonte, dass das Außenministerium im Jahr 2021 die Hauptrichtungen der belarussischen Diplomatie korrigiert hat. Es wurden neue politische, handelspolitische und wirtschaftliche Realitäten berücksichtigt. Im Mittelpunkt standen Aufgaben, die der Staatschef genannt hat.
Dem Minister zufolge haben sich die bilateralen Beziehungen zwischen Belarus und Russland erheblich verstärkt. „Wir haben ein neues Kapitel in der Entwicklung des Unionsstaates aufgeschlagen. Die 28 Unionsprogramme, die von den Präsidenten von Belarus und Russland im November 2021 genehmigt wurden, schaffen eine Grundlage für die weitere wirtschaftliche Integration unserer Länder“, sagte er. „Angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Situation bleibt die Eurasische Wirtschaftsunion für uns eines der wichtigsten Integrationsformate. Auf Initiative der Republik Belarus verabschiedeten die Staatschefs der EAWU-Mitgliedstaaten im Oktober 2021 ein Maßnahmenpaket, um auf den wirtschaftlichen Druck von Drittländern zu reagieren und die wirtschaftlichen Interessen gemeinsam zu schützen.“
Im vergangenen Jahr wurde unter der Schirmherrschaft des belarussischen Vorsitzes in der GUS eine Reihe umfassender Beschlüsse zur Entwicklung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bis 2030 gefasst, unter anderem zur Ankopplung von Integrationsprozessen auf mehreren Ebenen, einschließlich der Harmonisierung rechtlicher Dokumente der GUS und der EAWU. Die belarussische Seite hat sich bemüht, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die sie mit der GUS und Georgien aufgebaut hat, optimal zu nutzen, um die belarussischen Exporte zu diversifizieren und angesichts der Sanktionen zu steigern.
„Leider verhält sich die ukrainische Staatsführung insgesamt destruktiv, was sich auf den gesamten Komplex der Beziehungen zwischen unseren Ländern negativ auswirkt“, so Makej.
„Im Dezember 2021 unterzeichnete der Präsident der Republik Belarus die Richtlinie Nr. 9 über die Entwicklung der Beziehungen zu China, um die vorrangigen Ziele bei der

Entwicklung der belarussisch-chinesischen Zusammenarbeit in Angriff zu nehmen und sie auf ein qualitativ neues Niveau zu bringen. Eine umfassende Strategie zur Entwicklung der Zusammenarbeit mit den fernen Ländern zielt darauf ab, die Märkte Asiens, des Nahen Ostens, Afrikas und Lateinamerikas für belarussische Waren zu öffnen.
Die Beschlüsse zur Eröffnung der belarussischen Botschaft in Simbabwe und der Generalkonsulate in Mumbai (Indien), Ho-Chi-Minh-Stadt (Vietnam) und Hongkong (China) zielten auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Ländern der afroasiatischen Region ab, so der Minister.

https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1645182644_59857_big.jpg

novorosinform.org: **Das Ministerium für Staatssicherheit der DVR verhinderte einen Terroranschlag auf das Chemiewerk Stirol in Gorlowka**
Eine ukrainische Sabotage- und Aufklärungsgruppe hat versucht, Tanks zur Lagerung von Ammoniak auf dem Gelände des Stirol-Werks in Gorlowka zu sprengen, berichtet der Pressedienst des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR.
Wie es in der Mitteilung der Behörde heißt, versuchten ukrainische Saboteure am 18. Februar 2022 gegen 4 Uhr morgens Moskauer Zeit, in das Werk einzudringen.
„Bei diesem Sabotage- und Terroranschlag wurde ein Wachmann des Unternehmens, Jahrgang 1957, verletzt, dem inzwischen die notwendige medizinische Hilfe geleistet wurde“, berichtete der Pressedienst des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR.
Derzeit sind Strafverfolgungsbehörden und Sonderdienste der DVR vor Ort tätig.



https://novorosinform.org/content/images/93/16/39316_720x405.jpg

snanews.de: **EU will mindestens 27 weitere Russen auf Liste von Sanktionen setzen – Medienbericht**

Angesichts des angeblich bevorstehenden Angriffs Russlands auf die Ukraine erwägen die EU-Mitgliedstaaten, mindestens 27 weitere russische Bürger auf ihre Liste von Sanktionen zu setzen. Darüber berichtet die „Financial Times“ unter Berufung auf informierte Quellen am Freitag.
Der Vorstoß zum Ausbau von Sanktionen im Falle einer Eskalation der Ukraine-Krise kommt laut der Zeitung aus dem diplomatischen Dienst der EU. Polen und andere gleichgesinnte Länder hingegen wollen die Schwarze Liste um 55 weitere russische Staatsbürger erweitern. Die ursprüngliche Liste könnte je nach der Schwere des Angriffs verlängert werden, so die Quellen.
Der Zeitung zufolge war die Diskussion der Staats- und Regierungschefs der EU darüber, welche Art von Aggression gegen die Ukraine Sanktionen auslösen würde, bei ihrem gestrigen Treffen in Brüssel „kurz und vage genug“, um Meinungsverschiedenheiten darüber zu vermeiden. Dazu trug laut „Financial Times“ nicht zuletzt die Abwesenheit des ungarischen Premiers, Viktor Orban, bei.
„Eine Idee, die geäußert wurde, ist, dass die Europäische Kommission Wege finden sollte, um die am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten für die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen und Russlands wahrscheinliche Strafmaßnahmen zu entschädigen“, lautet der Artikel.
Seit Wochen beraten sich die EU-Länder über weitere Sanktionen gegen Russland, vor dem Hintergrund von Medienberichten über eine angebliche Invasion Russlands in die Ukraine. Als mögliche Optionen gelten Umtauschsperren für den russischen Rubel, Handelsbeschränkungen mit dem Westen und Verweigerung des Zugangs zu Schlüsseltechnologien. Die Herausforderung besteht Medien zufolge darin, dass jedes Land bei der Erarbeitung des Sanktionenpakets gegen Russland seine eigene Wirtschaft vor potenziell erheblichen Nebenwirkungen schützen will.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/06/19/2623526_0:159:3076:1889_1920x0_80_0_0_c6af766c1eae1ed91d8aec3071b86b31.jpg

Mil-lnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko**
Seit Beginn des heutigen Tages ist die Lage an der Kontaktlinie nach wie vor äußerst angespannt.
Der Gegner setzt auf Anweisung der Kiewer militärisch-politischen Führung die Versuche zur Eskalation des Konflikts fort.
So haben Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Swetlodarsk aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Sinewitsch das Gebiet von **Molotschnyj** mit 82mm-Mörsern beschossen.
Infolge des Beschusses wurden die Fensterverglasung und das Dach eines Wohnhauses in der Uliza Merezkowa 3 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung konnten vermieden werden.
Wir rufen die Länder des Westens auf, die Lieferung tödlicher Waffen an die Ukraine zu stoppen und die Kiewer Regierung zu zwingen, das Paket der Minsker Vereinbarungen umzusetzen.

de.rt.com: **Chefs der Volksrepubliken Donezk und Lugansk lassen Bevölkerung nach Russland evakuieren**
Denis Puschilin und Leonid Passetschnik, Präsidenten der nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk bzw. Lugansk, haben am Freitag die Evakuierung der Einwohner nach Russland angekündigt. Ihnen zufolge erteilt der ukrainische Präsident seinem Militär bald den Angriffsbefehl.
Die Evakuierten würden mit allem Notwendigen versorgt, hieß es in einem Appell an die Bürger. Ferner hieß es:
Ab heute, dem 18. Februar, wird eine zentralisierte Massenabreise der Bevölkerung nach Russland organisiert. Zuallererst werden Frauen, Kinder und Senioren evakuiert. Wir bitten Sie, uns zuzuhören und die richtige Entscheidung zu treffen. Eine vorübergehende Abreise rettet Ihnen und Ihren Nächsten das Leben und die Gesundheit.
Die Streitkräfte der Volksrepublik Donezk befinden sich laut Puschilin zwar in ständiger Kampfbereitschaft. Allerdings könne die Gesundheit und das Leben der Bürger gefährdet werden, "wenn der Feind die Siedlungen der Republik beschießt".
Nach Absprache mit Russland seien im Gebiet Rostow Plätze für die Unterbringung der Bürger bereitgestellt worden. "Sehr geehrte Landsleute, ich bitte Sie, Durchhaltevermögen und Ruhe zu bewahren. Gemeinsam werden wir bestehen und gewinnen!", resümierte der Politiker.
Ergänzung:
Am Abend tauchte erstes Videomaterial von Evakuierungsmaßnahmen in der Volksrepublik Donezk auf: Es zeigt die Aufstellung der Schützlinge eines Kinderheims zum Abtransport hinter die Grenze.
Die Zahl der aus der Volksrepublik Donezk zu evakuierenden Einwohner beläuft sich auf mehrere Hunderttausend. Dies sind die Schätzungen, mit denen das Parlament der Republik operiere, schreibt die russische Nachrichtenagentur Interfax mit Verweis auf eine Quelle in diesem Staatsgremium:
"Frauen, Kinder, Rentner vom ganzen Staatsgebiet der Republik, aus allen Rajons."
Ihm zufolge äußerte die russische Region Rostow die Bereitschaft zur temporären Aufnahme aller Evakuierten, ungeachtet ihrer Anzahl. Auch sei Interfax von einem Mitarbeiter des Katastrophenschutzes der Region Rostow bestätigt worden, dass die Aufnahmedauer praktisch unbegrenzt sein könne:
"Die Fristen stehen nicht fest. Solange wie es nötig ist, können die Menschen sich an den Unterkunftspunkten aufhalten. Eben bis es wieder sicher ist."
Einen ähnlichen Aufruf, sich in Russland in Sicherheit zu bringen, veröffentlichte nur wenig später Puschilins Kollege an der Spitze der verbündeten Volksrepublik Lugansk, Leonid Passetschnik:
"Um Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden, rufe ich Bewohner der Republik, die weder Mobilisierungsvorschriften zu beachten haben noch am Aufrechterhalten der sozialen und zivilen Infrastruktur beteiligt sind, innerhalb kürzester Frist ins Staatsgebiet der Russischen Föderation auszureisen."
Er verwies auf Aufklärungsdaten, gemäß derer die Streitkräfte der Ukraine ausdrücklich nicht bloß Provokationen an der Kontaktlinie planen, sondern Vorstöße ins Republikinnere – "entgegen jedem gesunden Menschenverstand und völkerrechtlichen Übereinkünften zieht der Gegner weiterhin Militärpersonal und schwere Waffen entlang der gesamten Frontlinie zusammen."

"Nochmals appelliere ich an alle Männer, die eine Waffe in den Händen halten können, sich zum Schutz der Heimat zu erheben."

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620fa0ccb480cc09fa3581d7.jpg

Mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR zu zusätzlichen Informationen bezüglich des inszenierten Beschusses eines Kindergartens in Nowaja Kondraschewka**

Ausgehend von bei der Ermittlung von neu entdeckten Umständen des inszenierten Beschusses eines Kindergarten in Nowaja Kondraschewka wurde festgestellt, dass an dem Beschuss eine Gruppe des Spezialzentrums der Spezialoperationskräfte „West“ beteiligt war, die einen Schuss mit einem amerikanischen Granatwerfer M141 des Bunkertyps von einem Wasserturm im Gebiet der Uliza Depowskaja 12 abfeuerte.

Dies bestätigt ein abgehörtes Funkgespräch von Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte, das der Volksmiliz vorliegt, sowie Informationen von friedlichen Einwohnern.

Ein weißes Auto vom Typ Land Cruiser ohne Nummernschild, mit bewaffneten Personen ohne Erkennungsabzeichen wurde zum Zeitpunkt der Detonation des Geschosses im Hof eines Wohnhauses für Minuten vor der Ankunft von Filmteams ausländischer und nationaler Medien in Begleitung von Offizieren für informationspsychologische Operationen, von Notfalldiensten und Vertretern des GZKK bemerkt.

Wir waren überzeugt, dass amerikanische Waffen im Donbass eingesetzt werden, aber die Tatsache von deren Einsatz gegen friedliche Einwohner auf von den ukrainischen Streitkräften kontrolliertem Territorium und die Organisiertheit der Aktivitäten der Propagandisten unter Leitung von Selenskij hinterlässt keine Zweifel an der Blutrünstigkeit und Prinzipienlosigkeit der ukrainischen Junta.

https://mil-lnr.su/uploads/posts/2022-02/1645190247_dop-k-sadiku.jpg

de.rt.com: **Lawrow über mögliche "Invasion" Russlands: Alles Fake News und Propaganda**

In einem Interview mit RT hat der russische Außenminister Berichte über einen möglichen Einmarsch Russlands in die Ukraine als Falschnachrichten und Propaganda zurückgewiesen. Ziel solcher Behauptungen sei es, eine angeblich von Moskau ausgehende Bedrohung zu untermauern.

Russlands Außenminister Sergei Lawrow sagte dem RT-Korrespondenten Murad Gasdijew, dass Medienberichte über eine angebliche russische Invasion in die Ukraine Falschnachrichten sind, die zum Schmunzeln anregen:

„Ich bin mir sicher, dass Menschen, die sich auch nur ein bisschen für Außenpolitik interessieren, davon überzeugt wurden, dass es sich um Propaganda, Falschnachrichten und Erfindungen handelt. Aber Hauptsache, die Autoren dieser Falschnachrichten glauben selbst an das, was sie sagen. Das macht ihnen Spaß. Und wenn es ihnen Spaß macht – na gut, warum sollten sie es nicht tun? Aber das ruft natürlich ein Lächeln hervor."

Lawrow warf mehreren hochrangigen Regierungsvertretern vor, Ängste vor einem möglichen Krieg zu schüren. Ihm zufolge "stoßen sie täglich Vorhersagen aus". So habe die britische Außenministerin Elizabeth Truss gemeint, dass eine "Invasion" in den nächsten Monaten jederzeit stattfinden könnte. US-Außenminister Anthony Blinken habe gesagt, es sei eine Frage von Wochen, vielleicht Tagen. Und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg habe eingeräumt, dass die Allianz keine Informationen über eine 100-prozentige Wahrscheinlichkeit eines Angriffes habe. In diesem Zusammenhang verwies Lawrow auch auf die US-amerikanische Tageszeitung Politico, die das Datum der "geplanten Invasion" bereits mehrfach geändert habe.

Laut Lawrow wolle der Westen Russland als eine Bedrohung für die Zukunft darstellen. Auch nach dem Ende der russischen Militärübungen und dem Truppenabzug werde die angebliche

Bedrohung "für immer und ewig" bestehen bleiben. "Sie behaupten, dass die Gefahr auch dann bestehen bleibt, wenn Russland seine Truppen abzieht", beklagte Lawrow.
Trotz dieser Hysterie werde sich Moskau beim Thema Sicherheitsgarantien um einen ehrlichen Ansatz seitens der Vereinigten Staaten und der NATO bemühen, versicherte Lawrow. "Wir sind daran interessiert, unseren US-Kollegen und all ihren NATO-Verbündeten ausführlich zu erklären, dass wir uns nicht mit Versprechungen zufriedengeben", betonte der Minister. Da Moskau seine Reaktion auf das Schreiben der USA und der NATO bereits veröffentlicht habe, könne nun ein Treffen mit US-Außenminister Anthony Blinken stattfinden, sagte er. "Daran sind wir beide interessiert. Das entspricht unseren Interessen und Plänen".

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620f8717b480cc08c5346605.jpg

mil-lnr.info: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko**
Heute haben ukrainische Propagandisten wieder eine **inszenierte Beschuldigung gegen die Volksmiliz der DVR bezüglich des angeblichen Beschusses** eines humanitären Konvois des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz am Kontroll- und Passierpunkt „Stschastje“ vorgebracht.
Wie auch die fälschlichen Beschuldigungen gegen uns bezüglich des Beschusses des Kindergartens wurde diese Information massenhaft von ukrainischen propagandistischen Medien verbreitet und genutzt, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den massiven Beschüssen des Territoriums der LVR und der Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite genutzt.
Mit aller Verantwortung erkläre ich, dass die Volksmiliz der LVR an dem genannten Vorfall nicht beteiligt ist. Dies ist eine weitere Provokation der ukrainischen Regierung, die auf ein Scheitern der Vereinbarungen und eine Eskalation des Konflikts gerichtet ist.
Die ukrainische Seite ist bereit, alles zu tun, um die Einheiten der Volksmiliz in den Augen der Weltgemeinschaft zu diskreditieren.

snanews.de: **„Wirft bei niemandem Fragen auf”: Kreml-Sprecher zu Russlands Übungen mit ballistischen Raketen**
Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat sich am Freitag zu Medienberichten über regelmäßige Militärübungen Russlands geäußert. Gegenüber Journalisten sagte er, dass diese Informationen bei niemandem Befürchtungen auslösen sollen. „Die Übungen und Trainingsstarts von ballistischen Raketen sind ein Ausbildungsprozess, der regelmäßig genug erfolgt. Ihm geht eine ganze Serie von Benachrichtigungen von verschiedenen Ländern über verschiedene Kanäle voran“, sagte Peskow.

All das werde streng geregelt. „… Das wirft bei niemandem Fragen und Befürchtungen auf, weil alle im Voraus darüber in Kenntnis gesetzt werden“, sagte der Kreml-Sprecher.
Er teilte ferner mit, dass der russische Präsident Wladimir Putin vom Situationszentrum des Verteidigungsministeriums aus die Übungen beobachten wird.
„Putin wird sich höchstwahrscheinlich im Situationszentrum aufhalten. Übungen dieser Art, sogar Übungsstarts, sind unmöglich ohne den Staatschef. Sie wissen wohl vom berühmten schwarzen Koffer, vom roten Knopf etc. Wie der Präsident daran teilnehmen wird, ist eine nicht-öffentliche Information“, sagte Peskow.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5414166_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_ef7915afc5d02895f514d4d3daa1a412.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. Februar 2022 haben die bewaffneten Formationen der Ukraine (BFU) trotz der Sicherheitsgarantien während der Fahrt eines humanitären Konvois der UNO, der WHO und von UNICEF vom Territorium der LVR auf das zeitweilig von der ukrainischen Seite kontrollierte Territorium nach Stschastje um 12:40 Uhr und um 13:30 Uhr das **Feuer aus Richtung Gejewka und Stschastje** unter Einsatz von Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm (17 Geschosse) **auf die Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von Rajewka und Wesjolaja Gora** eröffnet. Nach Informationen von UN-Vertretern wurden die Fahrzeuge des Konvois nicht beschädigt. Solche provokativen Handlungen der ukrainischen Seite, die auf eine erzwungene Erwiderung durch die Volksmiliz der LVR zur Unterbindung der Aggression der BFU gerichtet sind, sind eine äußerst grobe Verletzung des internationalen humanitären Rechts, die das Leben von Mitarbeitern humanitärer Missionen gefährdet.

de.rt.com: **Peking ruft Europa zur "strategischen Autonomie" auf: "NATO-Erweiterung kann nicht ignoriert werden"**
Im Ukraine-Konflikt betont China die Notwendigkeit für die europäischen Staaten, Entscheidungen "im Einklang mit ihren eigenen Interessen" zu treffen – womit Peking wohl andeuten will, dass sie sich nicht von der antirussischen US-Hetze leiten lassen sollen.
Peking ruft Europa zur "strategischen Autonomie" auf: "NATO-Erweiterung kann nicht ignoriert werden"
Ein chinesischer Diplomat hat am Donnerstag gefordert, dass eine Lösung des Ukraine-Konflikts die Umsetzung des Minsker Abkommens beinhalten müsse, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Zhang Jun, Chinas UN-Botschafter, erklärte, dass die im Jahr 2015 beschlossenen Maßnahmen des Minsker Abkommens von allen Seiten als ein Dokument anerkannt werden, das eine grundsätzliche und bindende politische Bedeutung habe. Zudem sei das Minsker Abkommen durch die UN-Sicherheitsresolution 2202 bestätigt worden. Daher müsse das Maßnahmenpaket vollständig von allen Seiten umgesetzt werden,

so Zhang bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats.
Chinas UN-Botschafter beklagte sich jedoch, dass die Maßnahmen immer noch nicht vollständig umgesetzt worden seien. Dabei verwies er auf neue Berichte über mutmaßliche Verstöße gegen den Waffenstillstand entlang der Kontaktlinie im Osten der Ukraine.
Der einzige Weg, den Ukraine-Konflikt zu lösen, sei die Rückkehr zum Minsker Abkommen. China hoffe darauf, dass alle beteiligten Parteien eine konstruktive Haltung einnehmen und ihre möglichen Unterschiede bezüglich der Umsetzung des Minsker Abkommens durch Dialog und Gespräche lösen werden. Es sei nötig, unverzüglich einen Zeitplan zu erstellen und die nächsten Schritte für die Umsetzung zu planen.
In der jetzigen Situation müssten alle Seiten die Vernunft siegen lassen und sich einer politischen Lösung verpflichten, statt Handlungen zu unternehmen, die weitere Spannungen provozieren könnten. Die Seiten sollten Zhang zufolge gegenseitig ihre legitimen Sicherheitsinteressen berücksichtigen und sich gegenseitig respektieren. Der chinesische Diplomat erklärte:
"China unterstützt alle Bemühungen, die zum Abbau der Spannungen beitragen, und nimmt das jüngste diplomatische Engagement zwischen Russland und Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs zur Kenntnis."
Ein auf der Basis von Verhandlungen entwickelter, ausgewogener, wirksamer und nachhaltiger europäischer Sicherheitsmechanismus könne als solide Grundlage für dauerhaften Frieden und Stabilität in ganz Europa dienen. Peking vertraue darauf, dass die europäischen Länder ihre Entscheidungen "mit strategischer Autonomie und im Einklang mit ihren eigenen Interessen treffen werden" – offenkundig eine indirekte Kritik der hegemonialen Ansprüche der USA gegenüber Europa.
Zugleich verwies Zhang auf die Rolle, die die NATO-Osterweiterung als Ursache für die heutigen Spannungen zwischen Russland und dem westlichen Militärblock spielte:
"Alles geschieht aus einem bestimmten Grund. Die NATO-Erweiterung ist ein Thema, das bei der Bewältigung der aktuellen Spannungen im Zusammenhang mit der Ukraine nicht außer Acht gelassen werden darf. Die kontinuierliche Erweiterung der NATO nach dem Kalten Krieg läuft dem Trend unserer Zeit zuwider, nämlich der Aufrechterhaltung der gemeinsamen Sicherheit."
Die Sicherheit eines Landes könne nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Länder gehen. Ebenso solle die regionale Sicherheit aus chinesischer Sicht nicht auf der Aufstockung oder gar Erweiterung von Militärblöcken beruhen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620f846fb480cc01d357aa60.jpeg

Denis-pushilin.ru: **Dringende Erklärung des Oberhaupts der DVR Denis Puschilin im Zusammenhang mit der drastischen Verschärfung der militärischen Situation**

Sehr geehrte Einwohner der Donezker Volksrepublik! Landsleute!
In den letzten Monaten stellen wir täglich eine Verstärkung der Zahl der Soldaten und der tödlichen Waffen, darunter Mehrfachraketenwerfer „Smertsch“ und „Uragan“ sowie Raketenkomplexe NLAW, Javelin und Stinger, durch die Ukraine an der gesamten Kontaktlinie fest.
Heute sind ihre Geschütze auf friedliche Bürger, auf uns und unsere Kinder gerichtet.
Die Streitkräfte des Gegners befinden sich in Kampfordnung und sind bereit zu einer gewaltsamen Einnahme des Donbass.
Der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij wird in der nächsten Zeit den Militärs den Befehl zum Angriff erteilen, den Angriffsplan auf das Territorium der Donezker und Lugansker Volksrepublik zu realisieren.
Ich wende mich an alle Einwohner unseres Staates.
Die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik haben Erfahrung in Kriegshandlungen, befinden sich in ständiger Gefechtsbereitschaft und sind vollständig in der Lage die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur zu schützen.
Dennoch können Leben und Gesundheit unserer Bürger bei Beschüssen von Ortschaften der Republik durch den Gegner gefährdet sein.
Deshalb wird aber heute, dem 18. Februar, eine massenhafte zentralisierte Ausreise der Bevölkerung in die Russische Föderation organisiert.
In erster Linie werden Frauen, Kinder und ältere Menschen evakuiert.
Eine wichtige Bitte: Hören Sie zu und treffen Sie die richtige Entscheidung. Eine zeitweilige Ausreise wird Ihr Leben und Gesundheit und dass Ihrer Familien retten.
Nach Absprache mit der Führung der Russischen Föderation sind in der Oblast Rostow Aufnahmeplätze und Unterkünfte für unsere Bürger bereit. Die evakuierten Personen werden mit allem Notwendigen versorgt werden. Für einen schnellen Übertritt an den Passierpunkten sind alle Bedingungen geschaffen.
Die Leiter von Unternehmen und Einrichtungen müssen die Ausreise der Familien ihrer Mitarbeiter organisieren. Der Stab der Territorialverteidigung die Transportmöglichkeiten für die Evakuierung der Zivilbevölkerung.
Sehr geehrte Landsleute, ich bitte Sie, Standhaftigkeit und Ruhe zu bewahren. Alle zusammen werden wir standhalten und siegen!

snanews.de: **Massive Explosion im Stadtzentrum von Donezk gemeldet**
Eine massive Explosion hat am Freitagabend nach Reporter-Angaben das Stadtzentrum von Donezk erschüttert.
Ein Sprecher der Volksmiliz von Donezk bestätigte später, dass sich die Explosion in unmittelbarer Nähe des Regierungsgebäudes ereignet habe. In einem Auto auf dem Parkplatz sei ein Sprengsatz detoniert.
„Die Stoßwelle war in der ganzen Stadt zu hören”, betonte der Sprecher.
Über mögliche Opfer und Verletzte ist bislang nichts bekannt.
Der Chef der selbsternannten Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, kündigte früher am Tag den Beginn einer Massenevakuierung der Bevölkerung an. Nach seinen Informationen sollen ukrainische Streitkräfte bald einen Befehl erhalten, eine Offensive in der umkämpften Region zu starten.
Vertreter der Volksrepubliken Donezk und Lugansk erklärten am Donnerstagmorgen, dass die ukrainische Armee das Feuer auf ihre Stellungen eröffnet habe. Ruslan Jakubow, Leiter des Donezker Büros im Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands, sagte vor Journalisten, dass Kiew gegen die Vereinbarungen von Minsk mit dem Einsatz von Mörsern und Artillerie verstoße.
Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Waleri Saluschni wies die Berichte über die Offensive des ukrainischen Militärs als realitätsfern zurück.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5416994_0:76:583:404_1920x0_80_0_0_c51c5dc2e49ee31aef4c9eb33af8ffcf.jpg

Lug-info.com: **Erklärung des Oberhaupts der LVR Leonid Pasetschnik**
Sehr geehrte Einwohner der Republik! Genossen! Freunde!
Entgegen vernünftigem Denken und internationalen Vereinbarungen konzentriert der Gegner weiter Personal und schwere Technik entlang der gesamten Kontaktlinie. Inzwischen hat der Gegner schon eine beeindruckende Schlaggruppierung gebildet. Nach Angaben der Aufklärung plant der ukrainische Aggressor nicht nur Provokationen an der Kontaktlinie, sondern auch einen tiefen Durchbruch in die Tiefe des Territoriums unserer Republik zu organisieren.
Wir sind bereit, unsere Familien, unsere Häuser, unser Land zu verteidigen. Alle notwendigen Anweisungen sind an die Volksmiliz der LVR und die Rechtsschutzorgane der Republik bereits ergangen.
Um Opfer unter der Zivilbevölkerung zu verhindern, rufe ich die Einwohner der Republik auf, die nicht mobilisiert sind und nicht bei lebenswichtiger sozialer und ziviler Infrastruktur eingesetzt sind, in kürzester Zeit auf das Territorium der Russischen Föderation zu fahren.
Ich weise die Leiter der Territorien, die Rechtsschutzorgane und Notfalldienste an, eine organisierte Evakuierung von sozialen Objekten zu gewährleisten und der Bevölkerung beim Transport zu den Grenzpunkten zu helfen.
Die Russische Föderation ist bereit, einen organisierten Empfang und die Unterbringung der Einwohner der Lugansker Volksrepublik auf ihrem Territorium zu gewährleisten.
Ich wende mich noch einmal an alle Männer, die Waffen tragen können, zur Verteidigung ihres Landes aufzustehen.
Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik, Leonid Pasetschnik

snanews.de: **Ukrainische Streitkräfte planen Durchbruch in Lugansk – Chef der selbsterklärten Volksrepublik**
Ukrainische Streitkräfte planen laut dem Chef der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk, Leonid Passetschnik, einen Durchbruch auf das Territorium der Volksrepublik. Dabei verwies er auf eine „beeindruckende Schlaggruppierung“ an der Trennlinie.
„Entgegen dem gesunden Menschenverstand und internationalen Vereinbarungen konzentriert der Feind weiterhin die Kräfte und schweres Gerät entlang der gesamten Kontaktlinie“, sagte Passetschnik in einer Ansprache an die Einwohner.
„Im Moment hat der Feind bereits eine beeindruckende Schlagkraft gebildet. Laut Geheimdiensten plant der ukrainische Aggressor nicht nur Provokationen an der Kontaktlinie, sondern auch, einen Durchbruch tief in das Territorium unserer Republik zu organisieren.“
Die Republik sei bereit, „ihre Familien, ihre Häuser, ihr Land“ zu verteidigen. Passetschnik

habe eigenen Angaben zufolge die Volksmiliz und andere Sicherheitsdienste der Volksrepublik bereits entsprechend angewiesen.
Die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben am Donnerstagmorgen berichtet, dass ukrainische Streitkräfte das Feuer eröffnet hätten. Die Republiken sprechen auch von Provokationen seitens der Ukraine. So hätten Donezker Streitkräfte eine Operation vereitelt, wobei ukrainische Saboteure angeblich ein Gefäß mit Chlor in einer Kläranlage nahe der Kleinstadt Gorlowka sprengen wollten. Die Lugansker Volksrepublik gab an, dass Mitglieder der ukrainischen Spezialkräfte an dem inszenierten Beschuss einer Kita teilgenommen hätten.
Der ukrainische Verteidigungsminister Alexej Resnikow beteuert, dass Kiew keine Militäroffensive plane. Wie er am Donnerstag sagte, wolle die Ukraine einen politisch-demokratischen Weg gehen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5415256_0:24:3001:1712_1920x0_80_0_0_443b61abf4ae5950e97f88938d197a67.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 18.02.22**
Guten Tag!
Die Lage an der Kontaktlinie ist weiter angespannt und hat eine Tendenz zur Verschärfung.
In den letzten 24 Stunden wurden **24 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt. Davon 12 unter Einsatz von 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.
Durch Beschuss von den Positionen der 54. Brigade in Staromichajlowka aus **erlitt eine zivile Einwohnerin, geb. 1984, Splitterverletzungen**, in der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk wurden Wohnhäuser in der Uliza Melitopolskaja 67 und 86a beschädigt.
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **30-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet**, 22 mal unter Einsatz von 122mm-Rohrartillerie, Panzern sowie 82mm- und 120mm-Mörsern und hat dabei 182 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem wurden Schützenpanzerwaffen und verschiedene Arten von Granatwerfern eingesetzt.
Durch Beschuss von Seiten der 95. Luftsturmbrigade der BFU wurde eine **Transformatorstation** außer Betrieb gesetzt, die die **Siedlung des Isotow-Bergwerks** versorgt. Inzwischen wurde die Unterstation notfallmäßig auf eine andere Leitung umgeschaltet. In **Schirokaja Balka** wurde in der Uliza O. Dunditscha 80 die Fensterverglasung eines Wohnhauses beschädigt.

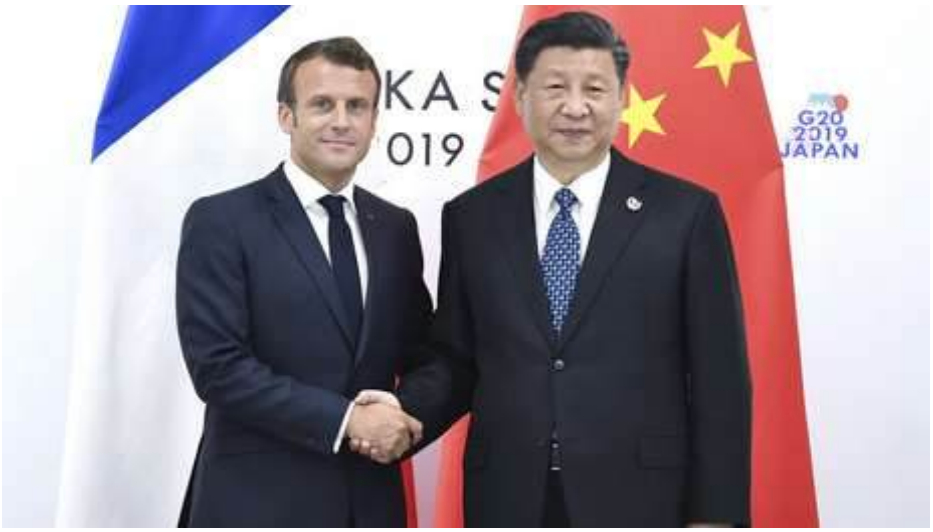
Durch Beschuss von den Positionen der 25. Brigade der BFU auf **Werchnetorezkoje (jushnoje)** wurde die Transformatorunterstation „Radolnaja“ beschädigt. Derzeit haben 200 Verbraucher in Werchnetorezkoje und Krasnyj Partisan keinen Strom: die Techniker können die Reparaturarbeiten aufgrund des anhaltenden Beschusses nicht reparieren.
In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade **Schirokaja-Balka**, die **Siedlung des Isotow-Bergwerks**, die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** und die **Siedlung des Bergwerks 6/7** mit 120mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.
Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade haben **Dolomitnoje** mit 120mm-Mörsern beschossen.
In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 25. Brigade **Werchnetorezkoje (jushnoje)** mit 120mm-Mörsern beschossen.
Kämpfer der 56. mechanisierten Brigade eröffneten das Feuer auf **Pantelejmonowka** unter Einsatz von 120mm-Mörsern.
Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade eröffneten das Feuer auf S**taromichajlowka, Alexandrowka** und **Jelenowka** unter Einsatz von 120mm-Mörsern und verschiedenen Granatwerfern.
In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 53. Brigade **Petrowskoje** und **Nowolaspa, Dokutschajewsk, Belaja Kamenka, Nikolajewka, Styla** und **Nabereshnoje** unter Einsatz von 122mm-Rohrartillerie und verschiedenen Granatwerfern eröffnet.
Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade haben **Kominternowo, Sosnowskoje** und **Oktjabrj** mit 82mm- und 120mm-Mörsern beschissen.
In der letzten Woche wurden **40 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Darunter 16 unter Einsatz von 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern. Außerdem hat der Gegner Ortschaften der Republik unter Einsatz verschiedener Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.
Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich **19 Ortschaften**: Golmowskij, Sajzewo (jushnoje), Siedlung Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6/7, Siedlung des Isotowbergwerks in Gorlowka, Dolomitnoje, Wesjoloje, Mandrykino, Alexandrowka, Staromichajlowka, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk, Jelenowka, Signalnoje, Petrowskoje Nowolaspa, Sachanka, Leninskoje, Saitschenko und Kominternowo.
In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer 29 Stück **Waffen und Militärtechnik in 8 Ortschaften stationiert**.
Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:
ein Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Nowobachmutowka.
Aus dem Bestand der 56. Panzergrenadier:
ein Schützenpanzerwagen in Galizynowka.
Aus dem Bestand der 54. mechanisiergten Brigade:
ein Schützenpanzer, ein Schützenpanzerwagen und zehn gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in einem Wohngebiet von Stepnoje;
sechs gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in einem Wohngebiet von Sladkoje.
Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:
zwei Abwehrgeschütze SU-23 auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Chlebodarowka;
zwei Schützenpanzer und ein gepanzertes Reparatur- und Bergungsfahrzeug in einem Wohngebiet Lesnoje;
zwei Artilleriehaubitzen D-30 122mm in einem Wohngebiet von Schewtschenko;
ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowotroizkoje;
ein Abwehrraketenkomplex 9K35 „Strela-10“ und ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Nowoignatowka;
zwei Schützenpanzer in der Nähe von Bogdanowka.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:
zwei Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Wohnhauses in Wodjanoje.
Außerdem haben die ukrainische Streitkräfte ungeachtet des Verbots zum Einsatz jeglicher Fluggeräte in der Vereinbarung über Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung **Drohnen zur Aufklärung** im Verantwortungsbereich der 53. Brigade in Bogdanowka eingesetzt.
Diese Sachverhalte werden von den täglichen Berichten der OSZE-Mission bestätigt.
Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 95., 25., 56., 54. und 53. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.
In der letzten Woche wurden 14 Fälle von **Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter** entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Taramtscheuk, Stepnoje, Leninskoje, Nowgorodskoje, Nowoandrejwka, Michajlowka, Shelannoje, Roganskoje, Swetlodarsk, Lastotschkino, Krasnogorowka, Nowoandrejewka und Nowotroizkoje.
Kämpfer der 54. Brigade haben zielgerichtet das Leitungssignal einer Drohne der OSZE bei einem Flug in der Nähe von Losowoje blockiert, in der Folge ging die Drohe verloren. Über Zeit und Ort des Starts der Drohne waren die ukrainischen Kämpfer rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden.
Außerdem haben Kämpfer der 54. Brigade zweimal eine Drohne der OSZE-Mission in den Gebieten von Staromichajlowka und Krasnogorowka während eines Beobachtungsflugs beschossen.
Es ist wichtig anzumerken, dass der Beschuss zielgerichtet erfolge, weil die ukrainischen Kämpfer über Zeit und Ort des Starts rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden waren.
Das Ignorieren seiner Verpflichtungen durch das offizielle Kiew erlaubt es den Beobachtern der OSZE-Mission also nicht, in vollem Umfang ihr Mandat zu erfüllen und die von den ukrainischen Kämpfern stationierten verbotenen Waffen und Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung zu erfassen.
Wir erhalten weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste der bewaffneten Formationen der Ukraine**. In der letzten Woche erlitten sieben ukrainische Kämpfer unterschiedliche Verletzungen.
Am 12. Februar wurde ein Kämpfer bei Schießübungen im 3. Fallschirmlandebataillon der 25. Brigade im Gebiet von Baranowka aufgrund grober Verletzung der Sicherheitsbestimmungen verletzt.
Am 12. Februar fuhr der Fahrer eines Lastwagens beim Transport von Personal des 24. Bataillons „Ajdar“ auf einer Straße im Gebiet von Wolnowacha auf eine Betonabgrenzung. In der Folge des Verkehrsunfalls erlitten fünf Kämpfer unterschiedlich Verletzungen.
Am 15. Februar erlitt der Kämpfer Briwko aus dem 24. Bataillons „Ajdar“ auf den Positionen der 53. Brigade im Gebiet von Starognatowka Splitterverletzungen, als er auf eine Mine geriet.
Vor dem Hintergrund der **Maßnahmen zur Vorbereitung auf einen Angriff in der Zone der Strafoperation** ist in den Einheiten der 54. mechanisierten Brigade ein **Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der Kämpfer** festzustellen. Grobe Verletzungen der militärischen Disziplin und Verbrechen nehmen systematischen Charakter an.
Unter dem Personal eines Panzergrenadierbataillons der 54. Brigade ist Panik festzustellen, **Kämpfer weigern sich, auf die Positionen zu gehen und die Befehle der Kommandeure auszuführen**. Außerdem ist die Zahl der Fälle von Alkohol- und Drogenkonsum gewachsen.
Bei einer Kontrolle der Dienstführung auf den Positionen eines Panzergrenadierbataillons im Gebiet von Nowomichajlowka durch Offiziere des Stabs der Brigade wurden drei schlafen Kämpfer entdeckt, die betrunken waren. Bei einem von ihnen fehlte seine Dienstwaffe, eine

AK-74. Suchmaßnahmen ergaben kein Ergebnis.
Wir haben bereits über den Konflikt von zwei Kämpfer der bewaffneten Formationen der Ukraine in einem Café in Granitnoje berichtet, der damit endete, dass ein örtlicher Einwohner und ein Soldat der Nationalgarde der Ukraine beschossen wurden und an ihren Verletzungen starben.
Uns wurden Einzelheiten eines weiteren Verbrechens bekannt, das fast mit dem Tod von zwei friedlichen Zivilisten endete.
Von unseren Quellen in der 36. Brigade wurde bekannt, dass ein Kämpfer dieser Brigade, der Unteroffizier Sittschenko, eigenmächtig die Positionen im Gebiet von Pawlopol mit Waffen und Munition verließ und in unbekannte Richtung wegging.
Nach unseren Informationen wurde der genannte Kämpfer gestern vom militärischen Rechtsordnungsdienst bewusstlos in einer Mietwohnung in Mariupol unter Drogeneinfluss gefunden. Dabei befanden sich in der Wohnung außer ihm seine verprügelte Lebensgefährtin und deren minderjährige Tochter, die an die Heizung gefesselt waren. Die Verletzten wurde in ernstem Zustand in eine medizinische Einrichtung gebracht. Es ist bemerkenswert, dass die Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes Waffe und Munition in der Mietwohnung des Soldaten nicht fanden.
Die Volksmiliz der DVR hat gemeinsam mit der Koordinatorin für humanitäre Projekte Tatjana Butrina **humanitäre Hilfe für die städtische Kindertagesstätte Nr. 94 in Makejewka** geliefert. Außerdem haben Soldaten der Kommandantur der Volksmiliz der DVR süße Geschenke in ein Kinderhaus gebracht. Die Kinder freuten sich aufrichtig und dankten für die Aufmerksamkeit und Fürsorge ihrer Verteidiger und erwarten mit Ungeduld den nächsten Besuch.
Außerdem wurde durch Soldaten der Volksmiliz der DVR und den humanitären Fonds „Geographie des Herzens“ medizinisches Material in das onkologische Oblastzentrum gebracht: Verbrauchsmaterialien für Geräte zur künstlichen Beatmung und eine Reihe weiterer medizinischer Materialien.
In den Einheiten der Volksmiliz gehen die Übungen zur militärischen Ausbildung weiter. In der letzten Woche wurde die Hauptaufmerksamkeit der Ausbildung der Luftabwehreinheiten gewidmet. Alle eingesetzten Einheiten zeigten ein hohes Niveau an professioneller Ausbildung und erfüllten die ihnen vom Kommando gestellten Übungsaufgaben mit der Note „ausgezeichnet“.

de.rt.com: **Paris und Peking wollen Kooperation zwischen EU und China vorantreiben**
Bei einem Telefongespräch verständigten sich die Staatschefs Frankreichs und Chinas darauf, ihre Zusammenarbeit auszubauen und das Investitionsabkommen zwischen China und der EU wiederzubeleben. Peking lobte Frankreich dafür, Europas strategische Autonomie erweitern zu wollen.
Der französische Präsident Emmanuel Macron hat während eines Telefonats mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping die Hoffnung ausgedrückt, dass das derzeit auf Eis liegende Investitionsabkommen zwischen der EU und China doch noch vollständig ratifiziert werden kann. Zudem sprachen beide Staatschefs über eine Reihe weiterer Kooperationsmöglichkeiten.
Während des Telefonats wies Xi darauf hin, dass Frankreich seit der Übernahme des rotierenden Vorsitzes der Europäischen Union Anstrengungen unternommen habe, um die Solidarität innerhalb des Staatenblocks zu verbessern und die strategische Autonomie Europas zu stärken, heißt es in einer Mitteilung des chinesischen Außenministeriums. Er fügte hinzu, dass Peking bereit sei, mit Frankreich zusammenzuarbeiten, um den bevorstehenden China-EU-Gipfel zu einem Erfolg zu machen und die Zusammenarbeit auf vielen Ebenen zu vertiefen.
Macron wies darauf hin, dass die turbulente internationale Lage eine vertiefte umfassende

strategische Partnerschaft mit China wünschenswert mache. Er sei mit den Erfolgen der beiden Nationen bei der Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie, Landwirtschaft und Ingenieurwesen, einschließlich der Kernenergie, zufrieden.
Macron fügte hinzu, dass er alles in seiner Macht Stehende tun werde, um eine positive Agenda in den Beziehungen zwischen der EU und China voranzutreiben. Zudem hoffe er auf Fortschritte bei der Ratifizierung und Umsetzung des Umfassenden Investitionsabkommens (CAI) mit China, das im vergangenen Jahr ins Stocken geraten war. Das Abkommen soll EU-Unternehmen mit ihren chinesischen Partnern gleichstellen und Chinas Status als Handelspartner der EU festigen.
Wang Huiyao, der Gründer und Präsident des Zentrums für China und Globalisierung in Peking, sagte gegenüber der South China Morning Post:
"Ich denke, es ist ein wichtiges Signal für einen Konsens auf hoher Ebene zwischen China und der EU, um das Inkrafttreten des bilateralen Investitionsabkommens zwischen China und der EU weiter voranzutreiben."
Das Europäische Parlament hatte die Ratifizierung des CAI im Mai 2021 eingefroren, nachdem Peking zehn EU-Politiker sowie Denkfabriken und diplomatische Einrichtungen sanktioniert hatte. Damit reagierte es auf die Sanktionen, die die USA, die EU, Großbritannien und Kanada wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang gegen China verhängt hatten.
Die EU-Gesetzgeber erklärten, China müsse die Sanktionen aufheben, wenn es die Ratifizierung des CAI wolle. Bislang hat Peking in dieser Sache, die es als innere Angelegenheit betrachtet, nicht nachgegeben. Der chinesische Staatsrat und Außenminister Wang Yi erklärten jedoch in den Wochen vor der Entscheidung des Europäischen Parlaments, dass Peking seinerseits die Ratifizierung zweier Klauseln der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation gegen Zwangsarbeit weiter vorantreiben werde.
In einem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über die Anwendung internationaler Arbeitsnormen, der letzte Woche veröffentlicht wurde, wird China vorgeworfen, in Xinjiang diskriminierende Beschäftigungspraktiken und Zwangsarbeit einzusetzen.
In den letzten neun Monaten gab es mehrere Versuche, den Ratifizierungsprozess wieder in Gang zu bringen. So flogen etwa die Chefdiplomaten von vier europäischen Staaten nach Peking, um sich mit Wang zu treffen. China wiederum wandte sich wiederholt an Paris und Berlin, die als Befürworter des CAI gelten, um den Ratifizierungsprozess wieder in Gang zu bringen.
Nach Angaben der Tageszeitung Politico, die sich auf hochrangige EU-Diplomaten beruft, soll der China-EU-Gipfel am 1. April digital stattfinden.
Laut der Nachrichtenagentur Xinhua vereinbarten Xi und Macron außerdem, die Zusammenarbeit in den Bereichen Agrartechnologien und Handel voranzutreiben, ihre Partnerschaften im Bereich der umweltfreundlichen Produktion zu vertiefen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Einbindung französischer Banken in das grenzüberschreitende RMB-Zahlungssystem zu erleichtern. RMB ist das expandierende Banküberweisungssystem Chinas, das in weiten Teilen der Welt als Alternative zum in Brüssel ansässigen SWIFT gilt.



https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620f96c2b480cc0ab82a07e3.jpeg

abends:

snanews.de: **Lawrow: Kiew verletzt in gröbster Weise seine Verpflichtungen**
Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat in einer Pressekonferenz mit seinem griechischen Amtskollegen am Freitag Stellung zur aktuellen Situation im Donbass genommen.
„Es ist nicht das erste Jahr, dass Kiew seine Verpflichtungen in gröbster Weise verletzt“, sagte Lawrow.
Die Sonderbeobachtermission der OSZE habe zuerst unvoreingenommen im Donbass gehandelt, dann aber versucht, die Ereignisse zu verschleiern, sagte Lawrow. Moskau werde darauf hinarbeiten, dass die Beobachtermission in ihren Berichten jene konkret nenne, die den Waffenstillstand verletzten, sagte der Außenminister.
„Jetzt, wo die Beobachtermission Berichte über die jüngsten Ereignisse erstattet, wollen wir darauf aufmerksam machen, dass sie das ohne Hinweis auf Personen macht und nur die Anzahl von Feuerangriffen registriert und dabei nicht mitteilt, wer diese Feuerangriffe unternimmt und wo es die meisten Zerstörungen gibt“, sagte Lawrow.
„Deshalb werden wir darauf hinarbeiten, dass solche Informationen auf ständiger Grundlage und konkret, mit Hinweis auf Initiatoren der Verstöße gegen den Waffenstillstand und mit Hinweis auf ihre Ziele, die die entsprechenden Kräfte angreifen, den OSZE-Mitgliedern regelmäßig zur Verfügung gestellt werden. Bis jetzt können wir sehen, dass die Beobachtermission der OSZE bemüht ist, Fragen zu verharmlosen, die die Schuld der Streitkräfte der Ukraine nachweisen“, sagte Lawrow.
Er fügte hinzu, dass die OSZE-Mission nicht davon berichte, von welcher Seite Rechtsverstöße und Attacken gegen den Zivilsektor verübt würden.
Waffenstillstands-Vestöße im Raum von Donezk und Lugansk
Vertreter der Donezker und der Luganskер Volksrepublik hatten am Donnerstagmorgen erklärt, dass die Streitkräfte der Ukraine das Feuer gegen ihre Stellungen eröffnet hätten. Wie der Leiter der Vertreter der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandes, Ruslan Jakubow, gegenüber SNA sagte, werden die Minsker Abkommen von Kiew ignoriert, das Granatwerfer und Artillerie einsetze.
Der Vertreter der Luganskер Volksrepublik, Rodion Miroschnik, sagte gegenüber SNA, dass Kiew das Territorium der Republik mit schweren Waffen beschieße und dadurch zielgerichtet gegen die Maßnahmen zur Einhaltung der Waffenruhe verstoße, die im Sommer 2020 unterzeichnet wurden.
Der Vertreter der Donezker Volksmiliz sagte seinerseits, der Einsatz von Artilleriewaffen, die

durch die Minsker Abkommen verboten sind und sich an den Stellungen in der Nähe der Ortschaften des Donbass befinden, deute auf die Vorbereitung für eine Gewaltlösung hin.
Indes behauptet der ukrainische Verteidigungsminister Alexej Resnikow, dass Kiew keine Gewaltaktionen und keine Militäroperationen plane. Wie er am Donnerstag sagte, beabsichtige die Ukraine, auf politisch-diplomatischem Wege zu handeln.
Die westlichen Länder, die Kiew dipomatische und militärische Unterstützung erweisen, haben die Ukraine bei den letzten Treffen und Verhandlungen aufgefordert, die Minsker Abkommen einzuhalten. Wie der deutsche Kanzler Olaf Scholz erklärte, habe der ukrainische Präsident Wladimir Selenski versprochen, der Ukraine-Kontaktgruppe Gesetzentwürfe über einen Sonderstatus des Donbass, über eine Verfassungsreform und über das Wahlrecht vorzulegen.
Moskau hat wiederholt darauf verwiesen, dass Kiew die Minsker Abkommen verletze und die Verhandlungen über die Beilegung des Konfliktes hinauszögere. Das russische Verteidigungsministerium machte darauf aufmerksam, dass Kiew die Hälfte des Personalbestandes der ukrainischen Armee in den Donbass geschickt habe.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5415512_0:138:3151:1910_1920x0_80_0_0_e7cf6a8c2c0c4084cf1d996af7e37850.jpg

dan-news.info: Der Präsident der RF Putin hat den kommissarischen Zivilschutzminister Alexandr Tschuprijan beauftragt, dringend in die Oblast Rostow zu fliegen, um die Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Donbass zu organisierten, teilte der Pressesekretärin des Präsidenten Dmitrij Peskow mit.
Zuvor hatte Putin angewiesen jedem Flüchtling aus dem Donbass, der in der Oblast Rostow eintrifft 10.000 Rubel auszuzahlen.

snanews.de: **Puschilin: Lage im Donbass am Rande des Krieges**
Die aktuelle Lage im Donbass entwickelt sich in Richtung eines Krieges, wie am Freitag der Chef der selbsternannten Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, erklärte.
„Jeden Moment kann einfach eine großangelegte Offensive beginnen. Dafür ist absolut alles bereit“, sagte er in einer Sendung des russischen TV-Senders Rossija 24.
Er schloss nicht aus, dass Hunderttausende Menschen aus dem Donbass nach Russland evakuiert würden. Dies sei notwendig, um so viele Menschen wie möglich zu schützen. Die meisten Frauen und Kinder würden die selbsterklärte Republik verlassen, während die Männer in Donezk bleiben würden, betonte er.
Zuvor am Freitag hatte sich eine Explosion in unmittelbarer Nähe des Regierungsgebäudes ereignet – in einem Auto auf dem Parkplatz wurde ein Sprengsatz detoniert. Puschilin nannte die Explosion ein Ablenkungsmanöver, die Vorbereitung Kiews auf eine Offensive.
„Es gibt eine Sondierung bestimmter Schwachstellen, durch die Saboteure eindringen können.

Dies ist eine der Komponenten vor einer umfassenden Offensive“, sagte der Politiker.
Er fügte hinzu, dass jede der kritischen Infrastruktureinrichtungen bewacht werde, Donezk sei auf mögliche Terroranschläge vorbereitet.
Puschilin kündigte früher am Tag den Beginn einer Massenevakuierung der Bevölkerung an. Nach seinen Informationen sollen ukrainische Streitkräfte bald einen Befehl erhalten, eine Offensive in der umkämpften Region zu starten.
Vertreter der Volksrepubliken Donezk und Lugansk erklärten am Donnerstagmorgen, dass die ukrainische Armee das Feuer auf ihre Stellungen eröffnet habe. Ruslan Jakubow, Leiter des Donezker Büros im Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands, sagte vor Journalisten, dass Kiew mit dem Einsatz von Mörsern und Artillerie gegen die Vereinbarungen von Minsk verstoße.
Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Waleri Saluschni, wies die Berichte über die Offensive des ukrainischen Militärs als realitätsfern zurück.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5418821_0:209:2896:1838_1920x0_80_0_0_c72cbd9771f95c4d0d8fa078a4258b59.jpg

snanews.de: **Putin ordnet Hilfsgelder für Flüchtlinge aus dem Donbass an**
Angesichts eines verstärkten Beschusses der Donbass-Region durch ukrainische Streitkräfte evakuieren die selbsternannten Republiken Lugansk und Donezk ab Freitag ihre Bevölkerung nach Russland. In diesem Zusammenhang wandte sich der Gouverneur der südrussischen Region Rostow an Präsident Wladimir Putin mit einem Antrag auf föderale Nothilfe.
Eine entsprechende Mitteilung wurde auf der Webseite des Kremls veröffentlicht.
Putin telefonierte mit dem geschäftsführenden Chef des Katastrophenschutzministeriums und beauftragte ihn, unverzüglich nach Rostow zu fliegen, um dort die Bemühungen zur Schaffung notwendiger Bedingungen für den Aufenthalt und die Notversorgung der ankommenden Flüchtlinge aus dem Donbass zu leiten.
Darüber hinaus wies der russische Staatschef die Regierung an, jedem Ankömmling aus dem Donbass ein Hilfsgeld in einer Höhe von 10.000 Rubeln (etwa 115 Euro) bereitzustellen.
Früher am Freitag hatten die Chefs der selbsternannten Republiken Lugansk und Donezk eine Massenevakuierung ihrer Bevölkerung nach Russland angekündigt. Gründ dafür sei die Gefahr einer ukrainischen Offensive. Seit Tagen melden die Republiken mehr Angriffe seitens ukrainischer Streitkräfte sowie Versuche von Provokationen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5418850_0:0:3069:1727_1920x0_80_0_0_0ca5e704327ae27c541c1835d5c49aa5.jpg